

# Informations-Dienst

## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR.42

7.7.1974



hausmitteilung!!!!!!!

-1-

### INLAND

dortmund	auszüge aus der presseerkl. der kpd/ml zum polizeieinsatz gegen den trauerzug für g. routhier	-2-
rosenheim	polizeiwillkür auch in rosenheim?	-3-
hamburg	flugblattaktion des komitees gegen folter an dt/hol. grenze	-4-
hamburg	"jetzt hat richter ziegler es schwarz auf grün:er ist ein folterknecht	-6-
mannheim	mißhandlungen im knast	-6-
hamburg	selbstdarstellung schwarz-kreuz altona	-6-
tübingen	protestaktionen der krankenpflegerschüler beendet	-6-
frankfurt	presseerklärung zur internierung von kindern	-7-
ofterdingen	zwei türkischen arbeitern droht die entlassung	-8-
dörningheim	jugendzentrumsinitiative wehrt sich	-8-
tübingen	mietstreik im studentendorf waldhäuser-ost	-9-
frankfurt	treberkommune braucht geld	-9-

### AUSLAND

genf	nachtrag zum genfer kp-treffen	-10-
biel	schlägerbande gegen flugblattverteiler	-10-
prag	bruno köhler reaktiviert	-10-
prag-pankrac	rechentechnik im dienst des staatssicherheitsdienstes	-10-
london	küchenangestellte in einem hotel erringen wichtigen sieg	-11-
liverpool	frauen treiben ihre chefs in eine niederlage	-11-
oxnard	erdbeerpflücker setzen streik fort	-11-
paris	öffentliche untersuchung der gasfolter an emigranten	-11-

### ERKLÄRUNGEN

erklärung 1	an eine reihe von genossen	-12-
-------------	----------------------------	------

### DOKUMENTATION

dokument 1	knast im knast ist terror	-13-
dokument 2	brief bulgarischer anarchisten	-13-
dokument 3	das "recht auf kriegsdienstverweigerung" ist das recht an der verschleierung der tatsachen teilzunehmen	-14-
dokument 4	wie amnesty international zum ergebnis kam, daß in der brd nicht gefoltert wird	-15-

6 frankfurt 1  
homburgerstr.36  
tel: 0611/77 46 96

postscheckknt. ffm  
w.spruck, ffm. 60  
nr.52 52 28-602

bürozeiten:  
mo, mi, fr, 11-15 uhr

redaktionsschluß:  
freitag 20 uhr

verantwortlich:  
martin lietsch  
6204 taunusstein  
lerchenweg 6

kontaktzentren:  
2 hamburg 13  
buchladen manifest  
schlüterstr. 79  
tel:44 40 03

463 bochum-querenbg.  
ev.stud.gemeinde  
lennershofstr.66/VIII  
tel: 70 14 65

5 köln  
pol.buchladen  
zülpicher str.197  
tel: 44 61 71

74 tübingen  
aktion pol.buchl.  
nauklerstr. 20

8 münchen  
basis-buchhandlung  
adalbertstr. 41 b  
tel: 280 95 22

schweiz:  
eco libro  
8004 zürich  
engelsstr.62  
tel:(01)39 12 67

monatsabo 6.-dm

## HAUSMITTEILUNG

ID: werden wir eine sommerpause machen?

id: ja

ID: wann?

id: wir dachten so im september

(zwischenrufe: "jawohl!" - "wacker, wacker!" - gemurmelt, fußescharren.)

ID: wird der ID nach der pause weiter erscheinen?

id: na klar, und zwar weiterhin wöchentlich

ID: wie steht's denn mit den finanzen?

id: wir kommen gerade so plusminusnull hin

ID: gilt das auch jetzt noch, wo die postgebühren erhöht und die papierpreise in den letzten 10 monaten um ca. 70 % gestiegen sind?

id: jetzt würden wir in die miesen rutschen, wenn der ID nicht teurer werden würde.

ID: was soll er denn jetzt kosten?

id: ab sofort, d. h. ab juli 6,-- dm pro monat

ID: wie denken wir uns das mit den leuten, die im voraus bezahlt haben?

id: wir dachten, daß diese leute den fehlenden betrag bei der nächsten überweisung nachbezahlen.

ID: wie steht es denn mit denen, die den pausemonat september schon bezahlt haben?

id: na das ist doch ganz einfach: denen wird der ID einen monat länger zugeschickt.

ID: und wenn jemand den septemberbetrag spenden will?

id: das wär duft. das würde uns nämlich helfen, endlich eigene produktionsmittel anzuschaffen.

ID: jetzt fällt uns keine frage ein

id: aber wir wissen noch was

ID: wir meinen sicherlich die andauernden mahnungen wegen fehlender löhning

id: richtig, die außenstände belaufen sich auf ca. 4.000,- dm

ID: kann man nichts dagegen machen?

id: wir werden in zukunft nur noch dann den ID verschicken, wenn das geld auf unserem konto ist, und der einzahlungsbescheid gut sichtbar vor uns liegt.

ID: wir glauben, daß die ID-leser auch in die finanzen eingeweiht werden sollen.

id: nach der sommerpause gibt es den ID 1 jahr, gelegenheit um eine jahresübersicht zu veröffentlichen

ID: gehört sich wohl so

id: was ist denn jetzt alles neu?

ID: sommerpause im september; 6,- dm/monat ab sofort; ID nur noch nach vorkasse und für die genossen, die auch urlaub machen, folgender aufruf:

die urlaubszeit bietet die möglichkeit, einmal auch andere, neue gegenden, neue menschen kennenzulernen, sei es hier in der brd oder im ausland. es wäre doch schade, wenn diese erkenntnisse oder erfahrungen jeder für sich behalten würde. deshalb schickt uns berichte von reisen, kurze oder lange, gleich oder später - über dinge, von denen ihr meint, daß andere davon kenntnis nehmen sollten. es gibt überall eine besetzte fabrik, ein besetztes haus oder sogar einen generalstreik oder der nachbar erzählt euch bei eurer reise nach zwickau oder sardinien (oder athen, oder in portugal oder auf mallorca) interessante geschichten. schreibt euer ID selbst!!!

DORTMUND (ID)

# AUSZÜGE AUS DER PRESSEMITTEILUNG DER KPD/ML ZUM POLIZEIEINSATZ GEGEN DEN TRAUERZUG FÜR GÜNTER ROUTHIER

Günter Routhier starb am 18. 6. an den Folgen eines brutalen polizeieinsatzes bei einer arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg (siehe id nr. 40).

Mit Unterstützung der engsten Angehörigen von Günter Routhier hatte die KPD/ML aufgerufen, am 24. 6. an einem Trauerzug und an der anschließenden Beerdigung des Kommunisten Günter Routhier teilzunehmen. Die Polizei hat nachweislich systematisch geplant, mit physischer Gewalt den Trauerzug zu zerschlagen, uns fallen zu stellen, um möglichst viele zu verhaften und um den Protest gegen die Ermordung von Günter Routhier zu ersticken.

Dies wird durch folgende Tatsachen bewiesen: 1. Frau Routhier selbst meldete den Trauerzug bei der Polizei an von der Wohnung der Mutter G.R. in der Lerchenstraße über Wanheimer Ort, zum neuen Friedhof, Düsseldorfstraße. Frau Routhier erhielt keinen Bescheid über ein Verbot. 2. Hanfried Brenner, Mitglied der KPD/ML in Duisburg, erhielt um 11.00 Uhr am 24. 6., dem Tag der Beerdigung, einen Bescheid über das Verbot. In der Verbotsbegründung behauptet der Polizeipräsident, die KPD/ML habe in Flugblättern zu einer Protestdemonstration aufgerufen. In Wahrheit hatte die KPD/ML vielmehr dazu aufgerufen, am Trauermarsch und an der Beerdigung teilzunehmen. Zum Zeitpunkt des Verbots begann bereits die Aufstellung des Trauermarsches, der um 12.00 Uhr abmarschieren sollte. 3. Um 11.00 Uhr prügelte die Polizei bereits auf die schon zu dem Zeitpunkt anwesenden Teilnehmer des Trauerzuges ein, denen das Verbot noch gar nicht bekannt sein konnte. 4. Bereits am frühen Morgen des 24. 6. wurden Autos und Busse mit anfahren den Trauergästen von der Polizei auf den Autobahnen aufgehalten und kontrolliert. Teilweise wurden sie an der Weiterfahrt nach Duisburg gehindert. Einige wurden durchsucht, und ihnen wurde dabei mitgeführtes Agitationsmaterial wie der rote Morgen, Zeitung der KPD/ML, und Flugblätter, Fahnen, Fahnenstangen und transparente abgenommen. Ein VW-Bus, der Kränze zur Beerdigung nach Duisburg bringen sollte, wurde solange auf der Autobahn festgehalten, daß die Kränze nicht mehr rechtzeitig zur Beerdigung eintreffen konnten. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß den Insassen eines Personewagens, die um 8.15 Uhr morgens auf der Autobahn bei der Fahrt von Bielefeld nach Duisburg angehalten wurden, mitgeteilt wurde, sie dürften nicht nach Duisburg zu dem geplanten Trauerzug fahren, da dieser verboten sei. Die Polizei durfte legal nicht dagegen vorgehen, daß Trauergäste Fahnen unserer Partei mitführten. Nach der ständigen Rechtsprechung der Gerichte ist ein Trauermarsch auch dann nicht als Demonstration anzusehen, wenn Vereinsfahnen mitgeführt werden, ja sogar eine Kapelle kann an dem Trauermarsch teilnehmen. Deshalb ist die Beschlagnahme von Fahnen unserer Partei und das Verbot des Trauerzuges auch nach den geltenden Gesetzen unzulässig und ein offener terroristischer Überfall der Polizei. 5. Als sich um 13.30 mehrere hundert Freunde und Genossen am Michaelsplatz zusammenfanden, um zusammen mit Familie Routhier zum Friedhof zu marschieren, wurden sie bereits von einem großen Polizeiaufgebot erwartet. Trotzdem konnte sich ein Trauerzug formieren, dem voraus die Kränze für den Toten getragen wurden. Dieser Zug wurde von der Polizei überfallen. Mehrere Zeugen berichteten uns, daß die Polizisten brutal auf den Zug einknüttelten, wie sie nicht einmal davor zurückschreckten, Kranzträger mit Knütteln niederzuschlagen und die Kränze für den Toten zu zertreten und zu zerreißen. Die Knüttelerei der Polizei begann noch während der Einsatzleiter das Verbot bekannt gab. 6. Während des Begräbnisses, hauptsächlich während der Grabrede kreiste ein Hubschrauber sehr niedrig über der Trauerversammlung und störte die Feier erheblich. Selbst vor der letzten Ruhe für den Toten hat die Polizei nicht haltgemacht. 7. Die Polizei hat über Presse, Rundfunk und Fernsehen verbreiten lassen, daß unsere Freunde und Genossen "Hieb-, Stich- oder Schlagwaffen" mit sich geführt haben sollen. Das am 24. 6. in der Spätausgabe der Tagesschau vorgeführte Schlachtermesser ist erstens kein Beweis dafür, daß "Hieb- und Stichwaffen" mitgeführt wurden. Zweitens erklären wir hiermit, daß kein Teilnehmer des Trauerzuges eine solche Waffe mit sich trug. Vielmehr sind wir der Überzeugung, daß das erwähnte Schlachtermesser - stammt es nicht überhaupt aus dem Waffenarsenal der Polizei - bei einem Agent Provokateur gefunden wurde und fordern die Polizei hiermit auf, den Namen dieses "Demonstranten" zu nennen.

Wir sehen zwischen diesen Falschmeldungen und der bewußten Verfälschung unserer Parole: "Rache für Genossen Günter" o.ä. in einem Aufruf, z.B. einzelne Polizisten bei der Beerdigung zu liquidieren, einen direkten Zusammenhang. Die angeblichen Knüttel, die auch in verschiedenen Zeitungen abgebildet wurden, sind ganz normale Fahnenstangen, die von uns bei einer einschlägigen Firma für Parteifahnen und zusammen mit diesen gekauft worden sind, was wir gerne nachweisen werden. Gen. Koch wurde auf der Polizeiwache vorgehalten, daß die Stangen Schlagwerkzeuge seien, er bestritt dies energisch. Daraufhin führte ihn ein Polizist in einen Raum, in dem ein Haufen angespitzter Holzstangen lag. Gen. Koch bestritt, daß diese von uns sein könnten. Ein anderer Polizist sagte darauf zu seinem Kollegen: "Die sind doch gar nicht von denen, du bringst auch schon alles durcheinander". Wir sehen dies als Beweis an, daß die Polizei versucht, uns "Waffen" einfach unterzuschieben, wie das auch mit dem Schlachtermesser geschehen ist.

Im Anschluß an das Begräbnis wurde die Düsseldorfstraße bis zu 2 km vor dem neuen Friedhof von der Polizei abgeriegelt. In allen Nebenstraßen standen Mannschaftswagen der Polizei. In der Nähe des Friedhofs befanden sich auch zwei Wasserwerfer. Gegen Abend wurde der Friedhof von Bereitschaftspolizei, die mit Karabinern ausgerüstet war, durchgekämmt. Diese Beamten gingen gegen 18.00 Uhr noch einmal brutal gegen eine Gruppe von 100 Trauergästen vor, die vor dem Friedhofseingang verharret hatten.

9. Für den Abend war eine Trauerveranstaltung der KPD/ML in der Mercatorhalle angekündigt, um 20.00 Uhr. Der Mietvertrag mit der Mercatorhalle war auf Anweisung der Polizei am selben Tag gekündigt worden, die Veranstaltung verboten. Da wir eine zugelassene politische Partei sind, ist dies widerrechtlich. Wir kündigten deshalb nach der Beerdigung den Anwesenden an, daß wir eine einstweilige Verfügung dagegen beantragen werden, um die Veranstaltung durchführen zu können. Dies konnte jedoch nicht durchgeführt werden, da der zuständige Richter für uns nicht erreichbar war. Obwohl das Gericht einen Telefonanschluß hat, unter dem es nach Dienstschuß zu erreichen ist, war dort niemand anwesend. Erst kurz vor Beginn der Veran-

staltung konnten unsere prozeßbevollmächtigten den hausmeister telefonisch erreichen. dieser fragte unseren anwalt sofort, ob er "wegen der kommunisten" anrufe und teilte dann mit, daß es beim duisburger amtsgericht keinen notrichter für einstweilige verfügungen gebe.

die polizei nutzte diese umstände, um die auf die veranstaltung vor der mercatorhalle wartenden in eine falle zu locken. sie umstellte mit einem aufgebot von rund 4.000 polizisten die halle auf drei seiten und ließ die vorderseite frei. sie rechnete damit, daß sie die auf den bescheid der einstweiligen verfügung wartenden einkreisen und einschließen konnte. dies gelang ihr jedoch nicht, da die partei dafür sorgte, daß sie sich rechtzeitig entfernten. daraufhin ging die polizei darauf aus, einzelne in trauerkleidung festzunehmen. sie durchkämmten zu diesem zweck mehrere gaststätten, wie z.b. den "wienwald", prügelte dort sitzende und verhaftete vier personen. auch der hauptbahnhof wurde nach schwarzgekleideten menschen durchsucht. beide eingänge wurden gegen 20.00 uhr von polizeieinheiten abgeriegelt.

die gleiche jagd fand auch auf den straßen statt. so hat die polizei etwa 100 personen festgenommen und fast alle davon erkennungsdienstlich behandelt.

10. in der duisburger ausgabe der waz, die am morgen vor dem trauermarsch und der beerdigung erschien, stand folgende notiz: unter der überschrift "radikale demonstrieren" heißt es: "duisburger polizei erwartet heißen montag. die polizei erwartet heute harte auseinandersetzungen mit radikalen." diese notiz ist ebenfalls ein beweis, daß bereits von vorneherein, unabhängig von unserem verhalten, ein brutaler prügeleinsatz geplant worden ist.

11. gegen 20.30 uhr wurden der verleger des roten morgen, genosse gernot schubert, und der kandidat bei den hamburgener bürgerschaftswahlen, genosse karl klingemann, auf dem gehsteig der königsstraße gegenüber dem mercatorrestaurant unter protestpfeifen von passanten von einem einsatzkommando der polizei festgenommen.

begründung des einsatzleiters des mehrere mannschaftswagen starken kommandos: "uns ist bekanntgegeben worden, daß sie bei den aktivitäten der kpd/ml eine führende rolle spielen."

im polizeipräsidium wußten die polizisten nicht, was sie in die aufnahmeformulare als festnahmegrund eintragen sollten und bekamen von ihrem vorgesetzten gesagt: "auf anweisung von oben."

bei der späteren einweisung in einzelzellen konnte genosse gernot schubert in einem günstigen augenblick "rädelsführerschaft bei bereits eingetretenen störungen der öffentlichen sicherheit und ordnung" in den papieren der polizei lesen.

12. mehrere pkw's, die im duisburger stadtgebiet parkten, wurden von der polizei aufgebrochen, beschlagnahmt und abgeschleppt. dort mitgeführte fahnen, fahnenstangen und transparentstangen wurden als "schlagwaffen" bezeichnet und sollen von der polizei einbehalten werden. autowerkzeuge, wie schraubenzieher, die sich selbstverständlich in fast jedem kraftwagen befinden, gelten in den autos von kommunisten und fortschrittlichen menschen als "stichwaffen". so jedenfalls müssen die berichte der polizei an die presse ausgesehen haben, nach den meldungen zu schließen.

allein die genannten tatsachen beweisen eindeutig, daß sich die polizei sogar über das bestehende rückschrittliche versamlungsrecht vollständig hinweggesetzt hat und in krimineller art und weise, die wir nicht anders als "faschistisch" kennzeichnen können, gegen einen trauerzug vorgegangen ist. einen solchen polizeiüberfall gab es noch nicht einmal bei der beerdigung von pablo neruda im faschistischen chile.

wir werden uns rechtliche schritte dagegen vorbehalten!

## ROSENHEIM (ID)

### POLIZEIWILLKÜR AUCH IN ROSENHEIM ?

28. juni

(skrobek ist 23 jahre alt, gelernter installateur; zur"tatzeit" war er arbeitslos, nun arbeitet er als isolierer im baubetrieb seines stiefvaters. als skrobek mit zwei seiner freunde am besagten tag auf dem weg zu sich nach hause war, wurden alle drei kurz vor dem haus vorläufig festgenommen. die polizisten befragten die drei einzeln und getrennt, deren aussagen darin übereinstimmten, soeben am bahnhof in rosenheim zigaretten und zeitung eingekauft zu haben. die beiden freunde wurden sodann auf die wache in rosenheim gebracht, wo sie dies zu protokoll gaben; im gegensatz zu skrobek, den die polizei inhaftierte, wurden sie daraufhin freigelassen. drei der beamten heißen peters, wendl und holweg (dienstgrad unbekannt).)

am montag, den 27. mai drangen beamte der kriminalpolizei rosenheim und zwei beamte des fahndungsdienstes münchen gewaltsam in die wohnung unserer mitmieter, familie skrobek, ein. die art und weise, in der die beamten vorgingen, gibt anlaß zu stärksten bedenken, zumal sich eine derartige vorgehensweise "unserer" polizei allmählich einzubürgern scheint.

hier der sacheverhalt: gegen 21.00 uhr wurde herr skrobek in der nähe seiner wohnung von zwei männern in zivil aufgehalten, die aus einem grauen ford capri (!) sprangen und von denen ihn einer sofort mit der pistole bedrohte, obwohl herr skrobek keinerlei anzeichen von widerstand erkennen ließ! die beiden beamten forderten verstärkung an, die in außergewöhnlich kurzer zeit zur stelle war; sie hatte vermutlich in unmittelbarer nähe gewartet.

das geschehen verlagerte sich jetzt in den hof vor dem haus; anwesend waren sechs beamte in zivil und ein uniformierter. die beamten verlangten zutritt in die wohnung, konnten aber auf verlangen von herr skrobek keinen haussuchungsbefehl vorweisen. daraufhin verweigerte ihnen herr skrobek natürlich den zutritt und wollte mit einem anwalt telefonieren, was ihm die polizei aber verweigerte! es entwickelte sich eine längere diskussion vor dem haus, wobei von der polizei nichts unterlassen wurde, was die nachbarschaft nicht aufmerksam gemacht hätte und auch versucht wurde, herr skrobek zu einer unbedachten handlung zu provozieren,

um dann "entsprechend darauf reagieren zu können". 4

gegen 23 uhr brach die polizei auf betreiben der beiden beamten vom fahndungsdienst münchen die furnierte metalltüre der wohnung auf, was erheblichen krach verursachte. als sich einige hausbewohner daraufhin beschwerten, wurden sie derb angeschnauzt: "mischt euch da nicht ein! das geht euch nichts an!" usw.

nachdem sich die polizei gewaltsam zutritt verschafft hatte, wurde eine sogenannte haussuchung veranstaltet, wobei die wohnung gründlich auf den kopf gestellt wurde und auch keinerlei rücksicht auf das anwesende dreijährige kind des Ehepaares skrobek genommen wurde. ein beamter ging sogar soweit, frau skrobek mit der frage "was haben sie denn da?" den bademantel auseinanderzuziehen! gefunden wurde nichts - weder in der wohnung, noch hinter frau skrobeks bademantel!

diese "veranstaltung" hatte außerdem einen seltsamen grund: man hatte kurz vorher einen mann verhaftet, der des diebstahls von zwei antiken bauernschränken überführt worden war. dieser gab an, am bahnhof in rosenheim mit einem "kleinen blonden, dessen namen er nicht kenne", ein geschäft mit diesen schränken abgemacht zu haben!! herr skrobek, der nun zufällig klein und blond ist - aber beileibe nicht der einzige kleine blonde in der gegend! - hatte das pech, daß er ungefähr zu der von diesem mann angegebenen zeit am bahnhof in rosenheim zigaretten geholt hatte und noch dazu mit dem ford transit seines stiefvaters; ein ausgezeichnetes transportmittel für alte bauernschränke! weiterhin hat herr skrobek das pech, polizeibekannt zu sein und "stempelgeld" zu beziehen. (seine frau arbeitet als bedienung).

diese "verdachtsmomente" reichten der polizei anscheinend, um den art. 13 des ggs ungeniert zu übertreten, wobei sie aber natürlich die hoffnung hegten, daß sie schon irgendetwas finden würden, was diesen einbruch rechtfertigen würde. ein beamter auf die frage skrobeks, ob er denn die bauernschränke zwischen der bettwäsche (!) zu finden hoffe: "irgendetwas (!!) werden wir schon finden..." da man aber nichts fand, nahm man herr skrobek vorläufig einfach mal für 16 stunden in haft.

als er am nächsten tag bei der zuständigen landpolizei anzeige erstatten wollte, wurde er eingeschüchtert: "das würde ich ihnen nicht raten. das kann ein schuß nach hinten werden" usw. weiterhin wurde ihm von den kripobeamteten in aussicht gestellt, daß sie im falle einer anzeige ihrerseits anzeige wegen verleumdung (?) und wegen widerstandes (!) erstatten würden. - "widerstand" deswegen, weil frau s. die wohnungstüre nicht freiwillig geöffnet hatte! herr s. ließ sich einschüchtern und hat es daher bis heute unterlassen, anzeige zu erstatten, da er sich auch keinen anwalt leisten kann. (tja, wenn er geld hätte...)

am nächsten tag wurden vormittags noch die (sehr gesprächige und "fantasievolle") mitmieterin frau b. und herr skrobeks stiefvater "vernommen", wobei auch dessen lager für baugeräte durchsucht wurde (!) - natürlich ebenfalls ohne haussuchungsbefehl. die kaputte wohnungstüre mußte herr s. auf eigene kosten reparieren.

es stellt sich die frage, inwieweit dieses vorgehen "unserer" polizei sich noch mit dem art. 13 des grundgesetzes der brd vereinbaren läßt: artikel 13 des gg: (1) die wohnung ist unverletzlich. (2) durchsuchungen dürfen nur durch den richter, bei gefahr im verzuge auch durch die in den gesetzen vorgesehenen anderen organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen form durchgeführt werden. (3) eingriffe und beschränkungen dürfen im übrigen nur zur abwehr einer gemeinen gefahr oder einer lebensgefahr für einzelne personen, auf grund eines gesetzes auch zur verhütung dringender gefahren für die öffentliche sicherheit und ordnung, insbesondere zur behebung der raumnot, zur bekämpfung von seuchengefahr oder zum schutze gefährdeter jugendlicher vorgenommen werden.

unseres erachtens in keiner weise, womit also folgende tatbestände erfüllt wären:

a) verstoß gegen art. 13 des gg, b) einbruch, c) vorsätzliche sachbeschädigung, d) nächtliche ruhestörung, e) nötigung.

weiterhin ist festzustellen, daß, wenn ein derartiges vorgehen der polizei zur gewohnheit wird, keiner mehr vor ihr sicher ist! es kann jeden treffen, dessen nachbar z.b. gezielt gerüchte verbreitet oder anonym der polizei einen "heißen tip" gibt.

es fragt sich auch, was passiert wäre, wenn herr skrobek in dem moment, wo er sich so überraschend mit der waffe bedroht wurde, noch dazu von ihm unbekannten zivilisten (?), nicht so besonnen reagiert hätte. (zitat: "du brauchst nur eine falsche bewegung zu machen, dann schieß ich!") - man vergleiche dazu den mord am taxifahrer jendrian! -

sind wir unseren "freunden und helfern" schon so ausgeliefert ?!

die richtigkeit der darstellung bestätigt der betroffene w. skrobek (dieser bericht wurde von dem betroffenen skrobek und einer reihe von hausbewohnern unterzeichnet)

HAMBURG (ID)

FLUGBLATTAKTION DES KOMITEES GEGEN FOLTER AN DT./HOL. GRENZE

25. juni

die komitees gegen folter an politischen gefangenen in der brd, und die holländische gruppe aktion andere koers haben gemeinsam am pfingstfreitag, den 31. 5. 74, eine flugblattaktion an der deutsch/holländischen grenze durchgeführt, die die folter an den politischen gefangenen in der brd, speziell die haftsituation des holländers ronald augustin - im toten trakt im gefängnis von hannover - zum inhalt hatte. titel: sie verlassen ein land, in dem gefoltert wird, von deutscher seite, und sie fahren in ein land, in dem gefoltert wird, von holländischer seite. mit dieser aktion sollte die aufmerksamkeit der öffentlichkeit, gerade auch der holländischen, auf die folter gelenkt werden. die flugblätter wurden an die leute verteilt, die zu pfingsten

in das jeweils andere land verreisen, an fünf grenzübergängen fand die aktion statt. daß gerade die veröffentlichung der brd als folterland im ausland eine provokation für die bundesrepublikanischen behörden darstellt, war uns klar. die reaktion mit der sie jedoch auf eine friedliche aktion wie flugblattverteilen kamen, zeigt die methode auf, mit der sie die denunzierung der brd im ausland verhindern wollen. deshalb finden wir es wichtig, daß diese maßnahmen veröffentlicht werden.

auf der deutschen seite versuchten zoll/bgs/kripo mit unterschiedlicher intensität, das flugblattverteilen zu verhindern und die verteiler einzuschüchtern. teilweise kam es auch zu gemeinsamer vorgehensweise von deutschen und holländischen bullen. so wurden an allen grenzübergängen die personalien der verteiler aufgeschrieben und überprüft, und die genossen selbst, soweit man sie überhaupt verteilen ließ, von der grenze ein ganzes stück weggeschickt unter androhung von hausrecht u.ä., was das verteilen natürlich erschwerte, da dort die autos nicht so langsam fuhren. in oldenzaal/bentheim gingen die deutschen und holländischen genossen nach beendigung der aktion noch in eine gaststätte. auf dem weg dorthin wurden alle vier von 2 zivilfahrzeugen des zoll gestoppt und nach personalien gefragt. sie wurden durchsucht - wonach wurde nicht gesagt - und die beiden holländer nach dem grund ihres aufenthaltes in der brd gefragt, unter androhung der festnahme, wenn sie keine aussage dazu machten. diese ganze prozedur dauerte ca. 20 minuten. am grenzübergang amheim/emmerich auch personalienkontrolle aufgrund eines tips von holländischen grenzbullen, die annahmen, die flugblätter seien gegen holland gerichtet. der deutsche bulle drohte den beiden genossen eine anzeige wegen verunreinigung und unerlaubten betretens der autobahn. nach einiger zeit bekamen sie die flugblätter zurück und wurden aufgefordert, die autobahn zu verlassen. die ganze verteileraktion dauerte im ganzen hier nur 1 stunde. währenddessen wurde am übergang nijmegen/kleve das verteilen ganz verhindert. die beiden genossen, die vorher mit dem wagen auf die andere seite übergefahren waren, um kurz die holländischen genossen zu treffen - welche im übrigen dort auch schon ärger mit den bullen bekommen hatten - wurden auf der rückfahrt zur deutschen seite durchsucht: nachdem ein bulle die flugblätter im auto entdeckt hatte, steckte er jeden fetzen papier im auto ein. sämtliche papiere, die die genossen dabei hatten, wurden untersucht, persönliche notizen, adressen und telefonnummern. die genossen mußten daraufhin 2 stunden warten, bis sie von der kripo abgeholt wurden. vorher wurden beide körperlich bis in den arsch untersucht. während der durchsuchung wurde bei einem genossen ein verhörversuch unternommen, als er nackt vor dem bullen stand - ein üble verhörmethode, die von der dadurch entstehenden verlegenheit und unsicherheit profitieren will - er wurde nach einem sprechfunkgerät gefragt, das angeblich im auto gelegen haben soll. nachdem die beiden auf die bullenstation nach kleve gebracht worden waren, wiederholte sich die ganze durchsuchung, und sämtliche adressen, die die genossen bei sich hatten, wurden notiert. eine genossin hörte dann, wie sich die bullen daran machten, eine der adressen anzurufen. dieser anruf lief folgendermaßen ab: der anrufende meldete sich unter dem namen eines der beiden festgenommenen und behauptete, er würde an der grenze wegen § 129 festgehalten und gehindert werden, einen anwalt anzurufen. sie möchten doch bitte für die benachrichtigung eines anwalts und anderer genossen sorgen. - der zweite anrufer meldete sich unter anderem namen, der auch auf dem adresszettel stand (war der eines rechtsanwaltes) und sagte: ihr dreckigen schweine, ihr habt uns hochgehen lassen, ihr kriegt bald eins in die fresse von uns. - die beiden genossen in kleve wurden nach vier stunden aufenthalt bei den bullen freigelassen, die ganze aktion wurde nicht begründet, die beiden durften allerdings wirklich keinen anwalt anrufen.

am übergang in venlo lief das verteilen bis auf motzen von seiten der bullen relativ ruhig. nach dem verteilen trafen sich die holländischen und deutschen genossen auf holländischer seite, um die aktion noch mal zu besprechen. unterwegs hielten holländische bullen die genossen an, sammelten sämtliche pässe ein und verhafteten alle: holländer und deutsche. auf der bullenstation in venlo wurden sie gemeinsam in ein zelle gesperrt und dann einzeln zum verhör rausgeholt, es machte aber keiner eine aussage. danach wurden die deutschen genossen zur grenze gebracht und dort gleich dem bgs übergeben, der die personalien auch noch mal überprüfte! auch diese wurden insgesamt vier stunden an der grenze festgehalten.

in letzter zeit versuchen die bullen verstärkt, aktionen von den komitees zu verhindern, die sich auf internationaler ebene abspielen! so wurde z.b. an der deutsch/französischen grenze durch ähnliche methoden versucht, aktionen in straßburg, die aus anlaß des termins für monika berberich vor der europäischen menschenrechtskommission laufen sollten, kaputt zu machen. dabei sind die deutschen bullen von den französischen bullen unterstützt worden.

damit und mit der tatsache, daß sie auch die holländischen, bzw. französischen bullen dafür mobilisieren, zeigen die deutschen behörden, daß sie eine internationale front gegen die folter in der brd fürchten und verhindern wollen, was sie zur zeit durch terror und desorientierung, auch der ausländischen gruppen, die mit uns zusammenarbeiten, versuchen. daß die holländischen bullen den deutschen bei diesen sachen überaus behilflich sind, zeigen zwei vorfälle in holland, die nach der grenzaktion passierten. so wurde ein genosse vom aak, der allein in seinem auto von der grenze nach hause fuhr, unterwegs von zivilbullen gestoppt und zum aussteigen gezwungen. als sie auch noch seine wagen durchsuchen wollten, stieg er ein und fuhr davon. die bullen haben deshalb nichts unternommen, weil es in holland den nichtuniformierten bullen verboten ist, persone n anzuhalten. ein paar tage darauf wurde ein anderer genosse vom aak spät abends auf der straße von bullen zusammengeschlagen, auf die nächste wache geschleppt, und dort nochmal zusammengeschlagen.

HAMBURG (ID)

# "JETZT HAT RICHTER ZIEGLER ES SCHWARZ AUF GRÜN! ER IST EIN FOLTERKNECHT"

6. juli

diesmal hat es den garten von richter ziegler erwischt. das kommando grüner juni, "die revolutionären dekorateure", hat wieder zugeschlagen. wie schon bei folterforscher prof. dr. jan gross (siehe id-nr. 40) "haben große mengen eines unkrautvernichtungsmittels seine bisher ungetrübte reproduktions-sphäre verändert."

ziegler hat margit schiller zu zwei jahren und neun monaten verknackt, "außerdem ist er zuständig für alle schweincreien und terrorurteile gegen die hausbesetzer der ekhofstraße! von den hausbesetzern sitzen seit 13 monaten immer noch 2 (sigi weber, peter fröhlich) in folterhaft."

die aktion "kann und soll keine ahndung seiner schweincreien sein, sondern ein denkwort. der revolutionäre kampf läßt sich nicht ersticken! vernichtungsversuche an genossen produzieren neue solidarität! wer sturm sät, wird heu ernten! in diesem sinne macht weiter. bildet das nächste glied in der kette. phantasie an die macht."

MANNHEIM (ID)

## MISSHANDLUNGEN IM KNAST

29. juni

nach einer eidesstattlichen versicherung des gefangenen otto worm in der strafanstalt mannheim gegenüber dem britischen und dem amerikanischen generalkonsulat wurden in der nacht vom 2. 6. zum 3. 6. 1974 um ca. 22.30 uhr in der strafanstalt mannheim die beiden gefangenen robert williams und stacy hata von einem schlägerkommando, bestehend aus fünf aufsehern, schwer mißhandelt und verletzt. dem 23jährigen amerikaner hata wurde dabei eine brennende zigarette auf dem gesicht ausgedrückt - nach den angaben worms, der den vorfall mit ansehen mußte. außerdem soll in der zelle nr. 1329 vor einiger zeit ein häftling von aufsehern erschlagen worden sein.

auszug aus der erklärung worms gegenüber den beiden konsulaten: "am pfingstsonntag, den 2. 6. 1974 gegen 22.30 uhr wurden robert williams, britischer staatsbürger, und stacy hata, amerikanischer staatsbürger, im gefängnis von mannheim brutal gefoltert. insgesamt fünf aufseher drangen in die zelle der beiden ein und schlugen mit schlagstöcken auf die beiden ein. sie drangen auch noch in eine andere zelle ein, fanden dort aber einen deutschen gefangenen, der ihnen vielleicht zu groß oder zu kräftig war. die beiden anderen waren schwächliche personen. gefangenenmißhandlungen gibt es in bundesdeutschen gefängnissen heute schon wieder. doch hier liegt ein besonders krasser fall vor, weil diese mißhandlung offenbar auf "höhere weisung" erfolgte. erst vor kurzer zeit war in der zelle nr. 1329 ein häftling zu tode mißhandelt worden. - zur gefängnisverwaltung gehört ein ehemaliger ss-mann. und der gefängnisarzt rühmt sich der vielen strafanzeigen wegen unterlassener hilfeleistung bei gefangenen und verkündet zum beispiel lauthals schreiend, daß er voll-orientiert sei. hauptverantwortlich für alles ist aber vollzugsleiter reher. - ich versichere, daß alle diese angaben der vollen wahrheit entsprechen. o. worms"

der gefangenenrat frankfurt, eine vereinigung von gefangenen und ehemaligen gefangenen und deren angehörigen, hat gegen den anstaltsleiter der strafanstalt mannheim anzeige wegen schwerer körperverletzung erstattet. gefangenenrat frankfurt

HAMBURG (ID)

## SELBSTDARSTELLUNG SCHWARZ KREUZ ALTONA

28. juni

zwar gibt es uns schon länger, aber durch interne krisen waren wir zeitweise gelähmt. gähnende leere im büro und wenig kontakte zu gefangenen zeigten unsere praxis auf! neben unseren ersten versuchen: zusammen wohnen, leben, kämpfen lief die knastarbeit weiter. in dieser zeit sammelten wir kontaktanschriften von gefangenen.

aus den sk-thesen: wichtigstes mittel im kampf gegen die herrschenden, im großen und im kleinen knast ist die selbstorganisation. diese setzt die zellenbildung in allen lebens- und arbeitsbereichen voraus. aufgabe der zellen ist es, die basis für den kampf zu schaffen. eigeninitiative = selbstbefreiung. im rahmen des selbstorganisierten kampfes in den gefängnissen ist es unbedingt notwendig, jede aktion, die stattfindet mit allen mitteln, die machbar sind, zu unterstützen.

auch die stadtteilarbeit muß genauso wie die knastarbeit auf die selbstorganisation der menschen hinzielen. die aktionen der menschen müssen angeregt und unterstützt werden (mietstreik, lohnstreik, häuserkampf), denn wir können keine aktion für sie durchführen, wir können nur mit ihnen zusammen etwas erreichen, indem wir gemeinsam gegen unsere unterdrückung kämpfen.

um unseren bürokram nicht in der wohnung vergammeln zu lassen, haben wir unser büro reaktiviert. adresse: ska/2 hh 50, billrothstr. 163/keller, tel. 389 82 72, postscheckkonto 1482 63-209. sämtliche ideen, unterstützung, informationen, aktive mitarbeit etc. werden liebend gern angenommen. bürozeiten: mo.-fr. 16-20 uhr/ab 5.7. alle 14 tage kommunikationstreffen.

TÜBINGEN (ID)

## PROTESTAKTIONEN DER KRANKENPFLEGESCHÜLER BEENDET

21. juni

vom 28.5. bis 3.6.74 führten die schüler der krankenpflegeschule tübingen ihre protestaktionen durch (siehe auch id nr. 37). sie organisierten selbst blockunterricht und blieben der arbeit auf den stationen geschlossen fern. ihr protest fand ein breites echo in der tübinger bevölkerung und unter der studentenschaft. innerhalb kurzer zeit wurden ca. 1800 unterschritten gesammelt und mehrere fachschaften schickten solidaritätsadressen.

nur die zwei hauptpersonen reagierten nicht: verwaltungsdirektor wenninger und der ärztliche schulleiter kochsiek. ein termin für ein gespräch wurde von ihnen pauschal abgelehnt, unter anderem mit dem hinweis, es gebe "systemüberwindende elemente" unter der schülerschaft, und mit denen werde nicht diskutiert. daraufhin besuchten 45 schüler herr wenninger in der verwaltung. er gab dabei folgende stellungnahme von sich: 1.) er würde sich dem "druck der straße" nicht beugen. 2.) die schüler seien überhaupt nicht kompetent mit ihm zu reden. er lehne das rigoros ab und wolle hermkaup, den leitenden unterrichtspfleger zur "verantwortung ziehen". 3.) außerdem würden die schüler auf den stationen gar nicht gebraucht. (wobei herr kochsiek genau das gegenteil behauptete.)

auch ein erneuter diskussionstermin, von den schülern vorgeschlagen, wurde abgelehnt. doch ihre forderungen blieben weiter bestehen: 1.) einstellung von mindestens 5 lehrpflegern bis spätestens 1.7.74, sowie einer schreibkraft. 2.) errichtung von genügend lehrstationen. 3.) absolute selbständigkeit der krankenschule doblerstraße. 4.) erweiterung der vorhandenen ausbildungsplätze. 5.) ausklammerung der auszubildenden aus dem stellenplan der verwaltung. 6.) mitbestimmung bei der theoretischen und praktischen ausbildung. 7.) weder der schülerschaft der doblerstraße, noch einzelnen schülern darf aus dieser protestaktion ein nachteil erwachsen. 8.) anerkennung der schülervertretung durch die verwaltung.

am 31. 5. bekamen nahezu alle krankenschüler die schriftliche androhung einer kündigung im falle "der fortführung bzw. durchführung ähnlicher aktionen". außerdem wurde ihnen für die zeit der protestaktion die ohnehin zu geringe ausbildungsbeihilfe gestrichen.

da nun ein paar schüler angst bekamen, wurde die aktion am 3.6. abgebrochen. gleich darauf, am 4.6. fand sich herr kochsiek, der ärztliche schulleiter, bereit, ein gespräch zu führen. er weigerte sich aber von anfang an, über die forderungen zu diskutieren und sah seine aufgabe lediglich darin, zu berichten, wie sich er und die verwaltung die weitere ausbildung vorstellen. zu konkreten aussagen kam es dabei nicht.

vom 1.7.74 bis 1.10.74 soll der unterricht von zwei nicht ausgebildeten lehrkräften übernommen werden. - ab 1.10. soll ein neuer ausgebildeter lehrpfleger als schulleiter angestellt werden. den namen gab kochsiek nicht bekannt, da "die zusage bisher nur mündlich" sei. - ebenso verhält es sich mit zwei weiteren lehrpflegern, die bis zum 1.1.75 eingestellt werden sollen. die schülerschaft der krankenschule will sich jedoch nicht so abspeisen lassen. ihr kampf wird weitergehen, notfalls auch ohne dkp und ötv, die während der ganzen aktion nur versucht haben, "noch zu retten was zu retten ist" und alles "in legale bahnen lenken" wollten.

thomas balistier, einer der krankenschüler, die aktiv an den protestaktionen der krankenschule doblerstraße beteiligt waren, ist nun von seiten der verwaltung massiver repression ausgesetzt.

bisher leistete er im pflegebereich seinen zivilen ersatzdienst. dabei hat er die ausbildung zum krankenschüler angefangen. nach beendigung seines ersatzdienstes wollte er nun seine ausbildung fortsetzen - doch von der verwaltung wurde ihm der ausbildungsvertrag verweigert. begründung: "für sie ist leider kein platz mehr da."

peinlich, daß herr wenninger von der verwaltung einige zeit vorher thomas b. gegenüber geäußert hat: "sie werden noch ihr blaues wunder erleben!"

## FRANKFURT (ID)

## PRESSEERKLÄRUNG ZUR INTERNIERUNG VON KINDERN

22. juni

aufgrund der in der frauenhaftanstalt frankfurt praktizierten und in größerem stil dort und in anderen anstalten noch beabsichtigte internierung von kindern haben wir gegen die leiterin der frauenhaftanstalt frankfurt, frau einsele, strafanzeige wegen freiheitsberaubung erstattet und werden dies gegen jede person tun, die für eine solche internierung von kindern an irgendeiner stelle verantwortlich ist. die namen der weiteren verantwortlichen sind wir dabei zu recherchieren.

nach internationalen gesetzen und übereinkommen und nach den bestehenden gesetzen in der brd ist die inhaftierung von kindern unerlaubt - jedenfalls die inhaftierung in strafgefängnissen. wir werden nachweisen, daß es sich bei der kinderabteilung in der frauenhaftanstalt um eine echte inhaftierung handelt - um eine zynisch-faschistoide kompensation der inhaftierung der mütter; von der gleichen art, wie man in den gefängnissen medizinische abteilungen eingerichtet hat: einerseits zur notdürftigen kompensation der haftschäden, der von der justiz verursachten invalidität und körperverletzungen - und andererseits zum betriebe von menschenversuchen und der ausbeutung von häftlingen als organischen rohstoff, der exploitation von blut und fleisch. - wie bei allen "humanitären" aktivitäten des faschistisch-kapitalistischen regimes ist die internierung von kindern und minderjährigen und vor allem die internierung von kindern bereits im stüglingsalter zugleich ein repressives experiment. mit der gleichzeitigen internierung von mutter und kind soll die möglichkeit geschaffen werden, ohne die negativen folgen der heiminternierung den fiktiven schaden einer "latenten kriminalität im frühkindalter" zu beeinflussen und durch manipulation der frühkindlichen sphäre aus kindern der unterklasse angepasste und konsumtive wesen zu erzeugen, die sich für den gebrauch eines solchen regimes eignen. diese manipulation von unterklasse-kindern im frühkindlichen alter ist seit längerem gegenstand von experimenten, insbesondere der psychoanalytischen richtung der repressionswissenschaften, und erhält auf diese weise, durch die errichtung von kinderabteilungen in frauenhaftanstalten, die gelegenheit, zu einer neuen perfiden faschistischen institution zu werden.

gefangenenrat frankfurt, glauburgstraße 75 a

## OFTERDINGEN (ID)

## ZWEI TÜRKISCHEN ARBEITERN DROHT DIE ENTLASSUNG

19. juni

in der firma speidel in ofterdingen, eine firma, die verstärkte kunststoffe herstellt, sollen zum 5. 7. 74 mehmet ali akus und ismet demirhan das arbeitsverhältnis gekündigt werden. ihnen wird vorgeworfen, den betriebsfrieden gestört zu haben. herm akus, daß er durch dauerndes sprechen und lautes schreien die anderen mitarbeiter bewußt und vorsätzlich bei der arbeit gestört und dadurch zu einem erheblichen teil an zweiter wahl und produzierten ausschüßteilen beigetragen habe.

weiter, daß er gegen die betriebsratsbestimmungen vom 7. 6. über die beendigung des bummelstreiks bewußt gegen dieiedereinstellungsbedingungen gehandelt habe.

gegen diese kündigungen hat sich der betriebsrat ausgesprochen. am diensttag, den 25. 6. 74 kommt es zur verhandlung mit der gewerkschaft. es wird sich zeigen, ob die telefonische versprechung der gewerkschaftlichen unterstützung zur rücknahme der kündigungen eintritt.

kurz die vorgeschichte: in der fabrik arbeiten von ca. 40 arbeitern 33 türken. im august traten fast alle kollegen in die gewerkschaft ig-chemie ein. worauf mit dem arbeitgeber, der dem arbeitgeberverband nicht angeschlossen ist, ein interner tarifvertrag abgeschlossen und gleichzeitig 2 türken und 1 deutscher zum betriebsrat gewählt wurden (dem betriebsrat nicht bekannt).

zum 1. 5. 74 trat ein neuer prämienlohnvertrag (betriebsrat nicht bekannt) in kraft, der bis auf wenige ausnahmen die vorgabezeiten drastisch kürzt. die kollegen nahmen am 4. 5. kontakt zu einem türkischen verein auf. mit 29 unterschritten forderten sie den rücktritt ihres vertreter in der lohnkommission und betriebsratsmitgliedes mustafa kemal senol. noch bevor es zu einer rücksprache mit der gewerkschaft kam bekräftigten die kollegen ihre ablehnung des neuen prämienlohnvertrags durch einen bummelstreik.

am 10. 5. 74 sah sich die betriebsleitung zur verhandlung mit der gewerkschaft gezwungen. hierzu wurde ein arbeiter als sprecher geladen, der die forderungen der arbeiter vertrat:

- weiterbezahlung der löhne nach den alten vorgabezeiten, bis eine eindeutige bewertung der arbeitsplätze vorliegt und der prämienlohnvertrag in derkommission unterzeichnet ist. - bezahlung gleicher arbeit durch gleichen lohn; 30 minuten arbeitszeit zur säuberung der arbeitsplätze; - neuregelung der schmutz- und erschwerniszulagen.

vorübergehend wurde der bummelstreik beendet.

am montag, 13. 5. 74, zeigte sich nun die unternehmertaktik; der als sprecher aufgetretene kollege sollte seine entlassung unterschreiben. er jedoch weigerte sich und informierte seine kollegen, welche sich durch spontane arbeitsniederlegung gegen die kündigungsandrohung sofort solidarisierten. daraufhin ließ der chef den "rädelsführer" durch bullengewalt aus dem betrieb werfen. 23 kollegen gingen mit vor das tor, kamen kurze zeit später zurück und forderten ihre deutschen kollegen zur solidarität auf. (durch kommunikationsschwierigkeiten geschah das teilweise durch herausziehen des steckers oder durch beiseitelegen des materials.) die erneut herbeigerufenen bullen trieben die kollegen mit gummiknüppel und drohung wie: "ihr werdet ausgewiesen" aus dem betrieb. der chef sprach allen 23 kollegen die entlassung aus. (arbeitskräftenachschub wurde ihm längst vom arbeitsamt reutlingen zugesichert.)

die kollegen wandten sich an die gewerkschaft, welche sich (trotz vorwürfe an die arbeiter) mit dem unternehmer an den verhandlungstisch setzte.

die gewerkschaftstaktik zeigte sich dann bei der verhandlung am 14. 5., als sie sich nur für die "iedereinstellung" der 23 einsetzte. die forderungen der arbeiter kamen überhaupt nicht zur sprache.

auf den vorschlag des arbeitnehmers, 2 oder 3 zu entlassen und gerüchteweise auch verbesserte prämien auszuschütten, fielen die kollegen nicht rein - ihre forderungen, in einer resolution vorgebracht, blieben dieselben.

am 15. 5. wurde den kollegen, ohne sie in die verhandlung miteinbezogen zu haben, das ergebnis vorgelegt. die iedereinstellung nach den neuen prämienvertragsbestimmungen sollte unterschrieben werden. die unterschift wurde von der gewerkschaft durch einen redeschwall innerhalb kürzester zeit erpresst.

die alternative zur gewerkschaftlichen vertretung wäre bei nichtunterschreiben in der folge höchstwahrscheinlich die ausweisung gewesen.

somit also wurde vorerst durch die entlassungstaktik des unternehmers mit der gewerkschaft als verhandlungspartner der arbeitskampf verhindert.

## DÖRNIGHEIM (ID)

## JUGENDZENTRUMSINITIATIVE WEHRT SICH

5. juli

seit einem halben jahr sind immer wieder versuche gestartet worden, das jz "politisch zu säubern". unterstützt durch eine bürgerinitiative waldsiedlung und durch deren vorgehen wurden die dörnigheimer cdu und das landeskirchenamt animiert (vielleicht auch umgekehrt), sich für den rausschmiß von mitarbeitern einzusetzen. ein mitarbeiter soll ein "angebliche politische gefährdung" für die besucher des jz sein. man konnte dies bis heute noch nicht begründen. warum auch?

im zuge dieser kampagne wurden die besucher des hauses kriminalisiert ("rocker wollten terror nach hanau tragen") und das dreijährige lärmproblem bekam neue "aspekte".

doch eine schließung des jz, wie es sich manche leute erhofft und gewünscht hatten, war nicht so einfach zu erreichen ("... mir ist lieber, die polizei macht es zu als wir" - dekan lindenberger zu einem mitarbeiter, leider nur telefonisch!)

eine welle von sympathieerklärungen und solidaritätsbeweisen verhinderte das. (bürgerinitiative pro-jz, elterninitiative, dbg, ötv, stadtverordnetenversammlung und kirchenvorstand).

kirchenvorstand wörtlich in einer presseerklärung: "... daß das jz als treffpunkt der jugendlichen erhalten und geöffnet bleiben muß ... und sprechen wir den mitarbeitern volles vertrauen aus.. (29. 4. 74)

nach 6 wochen stellt sich nun heraus, daß wir an der nase herumgeführt wurden. nachdem sich alles wieder scheinbar beruhigt hatte, fällt nun der kirchenvorstand um, bumm !! er hat plötzlich das "bedürfnis", nichtöffentliche sitzungen zu machen. ein mitglied des kv ( kreisgeschäftsführer der spd) sagte uns in gesprächen, daß katarski (ein mitarbeiter) weg müsse (katarski wurde vom hess. kultusminister nicht in den schuldienst übernommen - konflikt gesamtschule dietzenbach, anm. der red.), man nehme es auch in kauf, daß dann andere mitarbeiter gingen und man notfalls das jz ganz schließen müsse.

da wir uns nicht vorstellen können, daß dies eine christliche motivation ist, bleibt nur parteipolitisches interesse (abgrenzung der spd nach links - bundesweit bekannt). darüberhinaus tut sich hier ein für uns unerklärlicher widerspruch auf. einmal sollen wir vor "politisch gefährlichen" mitarbeitern "bewahrt" werden. daneben praktiziert der kv demokratie so, daß er sich nicht nur über ein eindeutiges votum des entscheidenden ausschusses (für jugendarbeit vom kv selbst gebildet) hinwegsetzt, sondern plötzlich und mit verächtlicher eile geheime sitzungen durchführt. und das alles noch schnell vor der sommerpause.

dann sind erst einmal alle in urlaub und kein hahn kräht !! aber wir krähen !!

schickt eure solidaritätsadressen an den kirchenvorstand der ev. kirchengemeinde 6451 dömigheim - fordert dieiedereinstellung des entlassenen mitarbeiters - weitere informationen: jz, 6451 dömigheim, hermann-löns-str. 2 a

## TÜBINGEN (ID)

### MIETSTREIK IM STUDENTENDORF WALDHÄUSER OST

24. juni seit nunmehr 3 wochen streiken die bewohner des studenten-wohnheimdorfes waldhäuser ost in tübingen. bisher bezahlten sie 99,40 dm für ein zimmer mit 11 qm. der vom land eingesetzte treuhänder, universitätspräsident theis, fordert jetzt eine miete von 131,- dm (von pkw-fahrern 141,- dm). bei fertigstellung des gemeinschaftszentrums im herbst sollen weitere 11,- dm dazukommen. das hier angewandte kostendeckungsprinzip wird von den betroffenen, meist finanziell schwachgestellte, als unsozial abgelehnt. in einer urabstimmung sprachen sich 77 % der etwa 500 studenten für einen mieterhöhungsboykott aus.

durch massive repressionsmaßnahmen von theis (einschalten eines rechtsanwaltsbüros, ausstellen von räumungsklagen am 21. 6. 74, zahlungsbefehle, benachrichtigung der eltern bei minderjährigen, drohung das wasser abzustellen) der sich verbal immer als betont "studentenfreundlich" gibt, ließen sich viele der betroffenen einschüchtern.

trotz der finanziellen risiken der räumungsklage haben am 21. 6. rund 150 streikende bei einer protestkundgebung vor der neuen mensa öffentlich ihre neuen mietverträge verbrannt.

theis hatte seine repressionsmaßnahmen auch publizistisch sehr gut vorbereitet. er gab presseveranstaltungen, schrieb leserbriefe, und meldete sich sogar in der jugendsendung "pop-shop" zu wort. als die streikfront zerfallenserscheinungen zeigte, meinte er zynisch: "unsere werbung hat also erfolg gehabt!"

trotzdem werden folgende forderungen der streikenden aufrecht erhalten: - für sozial tragbare mieten - beibehaltung der alten mieten - übernahme der defizite durch das land - zurücknahme der räumungsklagen.

der streikrat von waldhäuser ost organisierte außerdem aktionen in der öffentlichkeit, um aufzuzeigen, daß überhöhte mieten kein studentisches problem alleine sind und um die solidarität der bevölkerung zu bekommen. innerhalb von 2 tagen wurden etwa 600 unterschritten gesammelt und folgende organisationen gaben solidaritätserklärungen ab: bund demokratischer wissenschaftler, spd tübingen, dkp-ortsgruppe, mieterverein tübingen-reutlingen.

der landtagsabgeordnete enderlein von der fdp sah sich aufgrund der studentischen unruhen in den wohnheimen allgemein genötigt, im landtag einen dringlichkeitsantrag zur verbesserung der lage zu stellen. er hatte beantragt, daß alle wohnheimbewohner baden-württembergs, die in der zeit vom 1.1. bis zum 1. 10. 74 eine mieterhöhung zahlen mußten, diese erhöhung vom land zurückerstattet bekommen, weil bafög erst zum 1. 10. 74 erhöht wird. die cdu hat diesen antrag im landtag geschlossen abgelehnt. der zuschuß hätte das land etwa 500 000,- dm bis 1 mio. dm gekostet.

## FRANKFURT (ID)

### TREBERKOMMUNE BRAUCHT GELD

5. juni wir sind eine kommune, deren mitglieder alle aus der arbeiter- oder azozialenschicht kommen. darum meinen wir, daß wir leuten, denen es jetzt genauso beschissen geht wie uns damals, praktisch helfen müssen. deshalb haben wir einige leute, die aus erziehungsheimen abgehauen sind, zu uns genommen. wir wollen sie legalisieren und mit ihnen zusammenleben, um unsere ganze scheiße gemeinsam zu bekämpfen. aber wir brauchen geld um die legalisierung und den unterhalt der leute zu sichern. deshalb sind wir auf eine spende von euch angewiesen.

rot front !! spendenkonto: frankfurter sparkasse von 1822, Kto-nr. 318-069 520

AUSLAND

## GENF (ID)

## NACHTRAG ZUM GENFER KP TREFFEN

23. juni im informationsdienst nr. 41 hat ein genosse ein bild von der kundgebung gegeben, die von der kommunistischen partei spaniens, mit hilfe der kommunistischen partei der schweiz (pda) am 23. juni in genf durchgeführt wurde. ich will hier noch die ereignisse schildern, die dem genossen entgangen sind. ich war ebenfalls dort, mit einigen freunden zusammen wollten wir ein flugblatt verteilen, das von spanischen anar-chisten geschrieben worden war.

in diesem flugblatt wird das unsolidarische verhalten derjenigen leute verurteilt, die zwar ständig beteuern, die interessen der spanischen arbeiter zu vertreten, aber nichts unternahmen, als noch die möglichkeit bestand, puig antich vor dem tod zu retten. weiter werden darin die spanischen arbeiter aufgefordert, solchen leuten nicht zu vertrauen, ihre freiheit selber zu erkämpfen und sich nur auf ihre eigene arbeit zu ver-lassen.

kaum hatten wir die ersten blätter auf dem platz vor dem sportstadion, in dem die kundgebung stattfand, verteilt, als leute vom ordnungsdienst der kp hinzutraten, uns die flugblätter aus den händen rissen und uns vom platz weg drängten. mit der erklärung: diese kundgebung sei von ihnen organisiert worden und sie würden hier bestimmen, wer was verteile. wir verteilten weiter, da uns nun klar wurde, daß gera-de diese leute die arbeiter niemals frei sehen wollen. wir kamen und gingen wieder, wenn sie uns gewaltsam ver-drängten und kamen erneut wieder. sie rissen nicht nur uns die flugblätter aus den händen, sondern auch jenen spaniern, denen wir eines zum lesen gegeben hatten.

wir waren nicht die einzigen, die daran gehindert wurden, flugblätter und zeitungen zu verteilen. sämtliche gruppen, die dort anwesend waren und etwas verteilten, ging es wie uns. es wurde mit allen mitteln versucht, alle informationen, die nicht von der kp waren, zu unterbinden.

## BIEL (ID-CH)

## SCHLÄGERBANDE GEGEN FLUGBLATTVERTEILER

30. juni am 30. januar verteilten zwei mitglieder des chile-komitees auf öffentlichem boden vor der amag (zentralstelle der schweizer volkswagenvertretung) ein flugblatt, welches die verbrechen der junta verurteilt und zu einer veranstaltung des chile-komitees aufrief. die amag-direktion hatte nämlich von den lehr-lingen verlangt, den fernsehfilm "der blaue planet" anzuschauen, welcher die gründe der unterentwicklung ver-schweigt und die imperialistische politik mit einem "humanistischen" konzept der "hilfe an die dritte welt" recht-fertigt. das flugblatt, welches diese mystifizierung enthüllte, rief dazu auf, der amag-direktion das recht abzu-sprechen, über die freizeit ihrer lehrlinge zu verfügen, und einen freien nachmittag pro woche (für diskussionen) und die 35.-std.-woche zu fordern.

die beiden flugblattverteiler wurden von einer schlägerbande auf befehl der direktion festgenommen, auf das büro der lehrlingswerks tatt verschleppt und dort verhört und geschlagen. die polizei, die später kam, ließ zwar die beiden aus den klauen der amag-direktion frei, verweigerte ihnen jedoch den begleit-schutz. beim verlassen des betriebs wurden die beiden von der schlägerbande vor den augen der "ordnungshüter" blutig geschlagen. der eine erlitt an der wange eine rißwunde und hat ein geplatzt trommelfell.

der untersuchungsrichter hat es abgelehnt, auf die klage der beiden flugblattverteiler wegen körperverletzung und freiheitsberaubung einzugehen und hat sich bis heute geweigert, die beiden kläger und ihre zeugen anzuhören. der rekurs an das apellationsgericht des kantons bern ist ebenfalls abgelehnt worden. die begründung wird verschwiegen. die amag-direktion ihrerseits erhob im gefolge der verleumdungskampagne klage gegen die flugblattverteiler...

am 17. juni kam es zu einem verhör (wo weder unser anwalt noch die zeugen zuge-lassen waren), an dem die beiden zusammengeschlagenen flugblattverteiler verbrechen angeklagt wurden, die sie nie begangen haben.

## PRAG (ID/IPS)

## BRUNO KÖHLER REAKTIVIERT

1. juni bruno köhler, einst allmächtiger beherrscher der kaderabteilung des zk der kptsch und später überführter fälscher von materialien, auf deren grundlage eine lange reihe von unschuldigen menschen hingerichtet oder eingekerkert wurde, war bis vor kurzem in pension. nunmehr hat ihn der stb (staatssicherheits-dienst) als erfahrenen berater für eine eigene abteilung engagiert, die sich nur mit dem sogenannten kampf gegen den rechtsrevisionismus befaßt. so ist er wieder in seinem element.

## PRAG-PANKRAC (ID/IPS) CSSR: RECHENTECHNIK IM DIENST DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES

1. juni in prag-pankrac, nicht weit von der neuen station der untergrundbahn, gegenüber dem obersten gerichtshof, existiert seit kurzer zeit ein forschungsinstitut, das als "institut für die ausnützung der rechentechnik" bezeichnet wird und mit spitzenzeugnissen westlicher computertechnik ausgestattet ist. haupt-sächlich dient die einrichtung dazu, sämtliche korrespondenz, die unsere bürger mit dem ausland pflegen, aktiv und passiv, zu registrieren. alle adressen werden dem computer eingegeben, so daß alle auslandskontakte zur auswertung jederzeit zur verfügung stehen. in die kelleranlagen des instituts fahren volle lastautos mit post-sachen ein, die der evidenzhaltung zugeführt werden. damit muß also jeder rechnen, das institut wird von der zentrale der staatlichen sicherheit verwaltet und seine angestellten sind demgemäß höher bezahlt und haben ver-schiedene vorteile.

LONDON (ID/PNS)

## KÜCHENANGESTELLTE IN EINEM LONDONER HOTEL ERRINGEN WICHTIGEN SIEG

1. juli 35 bedienstete im fleming hotel in mayfair haben wichtige verbesserungen sowohl in bezug auf löhne, als auch arbeitszeit durchgesetzt - auch ohne unterstützung der gewerkschaft.

der wöchentliche lohn für alle bediensteten war vorher nur 20 pfund die woche bei 5 1/2 oder 6 arbeitstagen; der lohn ist jetzt für die meisten angestellten um 4 pfund gestiegen, aber das management hat trotzdem noch unterschiede gemacht, indem es z.b. zimmermädchen nur 2 pfund in der woche mehr gibt und den chefs und oberkellnern eine erhöhung in unbekannter höhe. die arbeitswoche wurde auf 40 stunden reduziert, und die belegschaft bekommt nun gutes essen anstatt der reste, die sie vorher bekamen.

diese verbesserungen wurden erst nach einem langen kampf erreicht. das management hat zunächst versucht, die arbeiter, die sich organisierten, zu entlassen, was allerdings verhindert werden konnte. anfang mai hatten sich die arbeiter mit ihrer gewerkschaft in verbindung gesetzt, die versprach, ein treffen von angestellten und dem management zu organisieren. nachdem sie 3 wochen lang nichts hörten, schrieben sie erneut an die gmwu (general municipal workers union) mit der bitte um unterstützung. die antwort der gewerkschaft war, daß das management des hotels ein treffen verweigere und sie unter diesen umständen den hotelbediensteten auch nicht helfen könnten. aber 20 der 35 bediensteten, die von dem aktionskomitee der hotelbediensteten unterstützt wurden, zwangen ohne die gewerkschaft das management ab 6. juni ihre löhne zu erhöhen und andere verbesserungen durchzuführen.

das aktionskomitee der hotelbediensteten betrachtet das als einen wichtigen sieg: "wenn sich die arbeiter im hotelgewerbe organisieren, dann müssen sie sowohl gegen das management als auch gegen die gewerkschaft kämpfen; aber der erfolg der angestellten im fleming - hotel zeigt, wie der kampf gegen die industrie ausgetragen werden kann."

LIVERPOOL (ID/PNS)

## FRAUEN TREIBEN IHRE CHEFS IN DIE NIEDERLAGE

1. juli arbeiterinnen der gold crown lebensmittelfabrik in liverpool haben die firma gezwungen, nachzugeben und eine entlassene arbeiterin wieder einzustellen. letzten monat wurde eine frau wegen nicht-eingehaltenem akkord entlassen.

ca. 12 mitarbeiterinnen verließen sofort ihre arbeitsplätze und weigerten sich zurück-zukehren, bis sie wieder eingestellt wurde. der vertrauensmann (natürlich ein mann) weigerte sich zunächst, den streik anzuerkennen, indem er erklärte, nichts gegen unterschreitung des akkords tun zu können. er schickte sie wieder an ihre arbeit und sagte, daß die frau ihre entlassung selbst verschuldet hätte. die frauen weigerten sich standhaft. nach einer halben stunde gab die firmenleitung nach und stellte die frau wieder ein.

gold crown bezahlt den arbeiterinnen bei einer 45 stunden woche

nur 120,- d m l

OXNARD (PNS/ID)

## ERDBEERPFLÜCKER SETZTEN STREIK FORT

4. juli trotz eines gemeinsamen angriffs von plantagenbesitzern, justiz und polizei streiken die chicano-erdbeerpflücker, die lohnerrhöhung und anerkennung ihres streiks durch die gewerkschaft fordern, weiter.

am 25. mai verließen 80 chicanos gemeinsam die erdbeerfelder der driscall range und forderten eine lohnerrhöhung von 85 cent auf 1.10 dollar pro korb. innerhalb einer woche schlossen sich fast 2.000 arbeiter von 24 feldern an. das büro der ufw (union of field workers), das im streikgebiet ist, schätzt den streik nach einer woche als 85% effektiv ein und den verlust der plantagenbesitzer auf 30.000 dollar.

die plantagenbesitzer ließen sich von donald pollac, richter im superior court, ein urteil ausstellen, das auf jedem feld nur 5 streikposten zuläßt, die im abstand von knapp 20 m aufgestellt werden dürfen. die ufw fügte sich, trotzdem verhaftete die örtliche polizei 60 streikposten. die gewerkschaft rief eine protestdemonstration der streikenden in oxnard am 1. juni aus und die reaktion war überwältigend. 5.000 feldarbeiter und ihre familien kamen. nach einer rede des UFW vorsitzenden cesar chavez, in der er sich den grundsätzen der gewerkschaft verpflichtete, "kämpfen bis zum sieg, auch wenn die nationalgarde gerufen wird!", marschierten die leute durch die wohngebiete der feldarbeiter in oxnard, mit parolen wie "streik ja, nixon nein!" und "polizisten sind marionetten der plantagenbesitzer" und "wir wollen gerechtigkeit".

der new york guardian schreibt, daß der streik ein entscheidender punkt in dem 10jährigen kampf der gewerkschaften sei für eine organisation der erdbeerpflücker. "wenn die UFW schon bald anerkennung findet, was durchaus möglich ist, kann man sagen, daß sie im südwesten einen hohen organisationsgrad erreicht."

PARIS (ID/PNS)

## ÖFFENTLICHE UNTERSUCHUNG DER GASFOLTERUNGEN AN ARBEITSEMIGRANTEN

29. juni die mouvement d'action judiciaire (maj) hat eine öffentliche untersuchung über die vorfälle in einem pariser polizeirevier eingeleitet, bei denen 54 emigranten in ihren zellen unter gas gesetzt wurden (siehe id nr. 41). eine öffentliche veranstaltung wurde am 22. 6. abgehalten. sie wurde getragen von "gruppen zur verteidigung der arbeitsemigranten", mitgliedern der rechtsanwaltsvereinigung sowie einer polizei-gewerkschaft, die der cfdt angeschlossen ist.

35 der gefolterten arbeiter haben bereits anklage gegen die polizei erhoben. - in einem communiqué in der "liberation" bemerkte die maj, daß sich solche kriminellen vorfälle in letzter zeit immer mehr häufen. am 15. juni beispielsweise feuerte die polizei auf eine gruppe von emigranten, die sie jagte. sie stürmte sogar mit gezogenen knarren eine kirche, in der arbeiter schutz gesucht hatten. gewöhnlich schaffen es polizei und verwaltung, solche vorfälle zu vertuschen und kein abschließendes ergebnis in die öffentlichkeit dringen zu lassen.

das untersuchungskomitee zeigte in der veranstaltung am 22. 6., daß die gas-folterungen keine einzelfälle sind, daß die emigranten täglich gewalt ausgesetzt sind. verschiedene fragen und forderungen wurden direkt an das staatliche büro für immigration gerichtet: warum wurde das ventilationssystem ausgeschaltet, sobald die polizeioffiziere das revier verlassen hatten? warum hat der magistrat, der die untersuchung führt, bisher noch keinen polizeioffizier verhört? warum werden polizeireviere nicht vom magistrat kontrolliert, obwohl eine reihe von angestellten für diesen speziellen job (revierkontrolle) bezahlt werden?

## ERKLÄRUNGEN

### ERKLÄRUNG 1

#### AN EINE REIHE VON "GENOSSEN"

wir haben den brief einiger altavantgardisten zur hinrichtung des agenten schmücker gelesen und sagen: er ist weinerlich, moralisch, pazifistisch und spalterisch! und wir sagen weiter: das sind merkmale der bourgeoisie, und in diesem fall einer linken bourgeoisie, die um's politische überleben ringt, die von volk und basis redet, obwohl die revolutionären aktivitäten gerade an ihr vorbeigelaufen sind und wohl auch immer vorbeilaufen werden. oder was hat sie zu tun mit: putte, fuchsbau, belzigerstrasse, rauch-haus, weißbecker-haus, kreisel, zehlendorfer-tunnel, häuser-kampf, fahrpreiserhöhung, ...ford!!!..lippstadt..usw?

die schulmeistereien in dem papier sind so überheblich und unqualifiziert, daß wir verdammtnochmal an die sprüche unserer meister, vorgesetzten und erzieher erinnert sind ("eure speziellen kenntnisse sind wichtig für uns- unsere erfahrungen sind wichtig und notwendig für euch"). im gegensatz zu euch haben wir die klassenwidersprüche nicht als privilegierte erlebt.

dann wollten wir euch noch fragen, ob ihr das "volk" in euren sitzungen, komitees, ausschüssen, rockfeten...etc. gefunden habt. oder etwa an der uni, oder gar neben dem schreibtisch? wenn ihr das meint, habt ihr wenig gelehrt, denn sonst wüßtet ihr, daß jeder klassenbewußte proletarier sagt: ein verräter, ein spitzel, agent wird gerichtet.

das ganze papier ist psychologischer dreck, hat nichts zu tun mit klassenkampf, zeigt den politischen zerfall der 68- er linken lobby. oder wie sonst ist es zu verstehen, daß die liquidierung eines instruments des klassenfeindes auf ein subjektives, moralisches "problem" reduziert wird- als würde eine revolutionäre bewegung den verräter, spitzel und agenten produzieren und nicht der klassenfeind mit seinen tausendfachen möglichkeiten und mitteln.

uns scheint, als wollten ein paar zaudemde, labile und frustrierte linke intellektuelle ihre kriterien zum maßstab der revolution machen. es ist das alte lied, die ewig alte geschichte: der fortschrittliche bourgeois sagt dem dummen proleten, wie er die revolution zu machen hat.

ihr sagt, daß das volk den feind ganz anders sieht als wir ihn malen. dabei überseht ihr, daß wir erstens aus dem volk kommen und zweitens den feind nicht malen, sondern ihn direkt bekämpfen, und zwar mit steterkleinarbeit, zentimeter um zentimeter, und das täglich.euer verhältnis zum illegalen kampf und euer wissen darüber ist niveaulos, dazu noch persönlich, also schlicht unpolitisch.

solidarität ist nicht karitas. wie oft ist schon versucht worden, euch das klar zu machen. ihr macht euch immer erst stark für das "opfer", das heißt, wenn der kämpfer im knast ist, wenn er ermordet wurde, wenn er gejagt ist- aber wenn er offensiv kämpft, fällt ihr ihm in den rücken!

und kommt nun nicht noch einmal auf die idee, uns einen brief zu schreiben, denn ihr repräsentiert nicht die revolutionäre kraft, mit der wir uns auseinandersetzen wollen.

bewegung 2. juni

DOKUMENTATION

## DOKUMENT 1

## KNAST IM KNAST IST TERROR

hiermit protestieren wir gegen die totale isolation eines mitgefangenen auf der station VII. wir verlangen, daß der mitgefangene norbert brunner wie andere im haus am gemeinschaftsprogramm teilnehmen kann. wir verlangen die abschaffung von isolation. das gleiche gilt für zelle 7 4 2.

knastr im knast ist terror!

die gefangenen der station VII

zelle 729	zelle 751
zelle 629	zelle 743
zelle 529	zelle 700
zelle 755	zelle 737
zelle 703	zelle 704
zelle 748	zelle 759
zelle 708	zelle 735
zelle 741	zelle 739
zelle 730	zelle 760
zelle 711(mit 2 mann belegt)	zelle 731
zelle 702	zelle 740
zelle 709	zelle 727
zelle 749	zelle 757
zelle 753	zelle 726
zelle 727	zelle 736
zelle 734	zelle 792
	zelle 754

## DOKUMENT 2

## BRIEF BULGARISCHER ANARCHISTEN

folgenden brief konnte die anarchosyndikalistische untergrundbewegung aus bulgarien heraus schmuggeln. er wird verbreitet von der internationalen arbeiterassoziation (i.a.a.) der revolutionären syndikalistischen internationalen!

"liebe genossen,

bei uns arbeitet und kämpft jeder an seinem arbeitsplatz und wohnort. die verbindung wird durch persönliche kontakte auf der grundlage der freundschaft aufrechterhalten. aber selbst diese bescheidene aktivität bleibt den agenten der polizei nicht verborgen. deshalb gibt es häufig verhaftungen.

bei verhaftungen werden uns immer wieder dieselben fragen gestellt: "bist du anarchist?" "wie heißen die anarchisten in der stadt, in deiner gegend, kennst du anarchisten in bulgarien?" "was denkst du von der zusammenarbeit von nixon und breschnew?" "welche kontakte unterhältst du mit dem ausland?"

wer auf solche fragen schweigt, wird gefoltert. die polizei rast und versucht, uns völlig zu vernichten. neben dem offenen terror wenden sie vielfache formen der erpressung an.

da der staat der absolute herrscher ist und da jeder widerstand - so gering er auch sei - für einen angriff auf die staatsicherheit erklärt wird, so ist die entsprechende reaktion gnadenlos. daher lastet eine große furcht auf der bevölkerung, die sie dazu bringt, die herrschaft der partei zu erdulden. hieraus erklärt sich, weshalb das regime immer 99,90 % bei "wahlen" erhält, obwohl gleichzeitig 90 % der bevölkerung gegen das regime sind.

unter diesen bedingungen kämpfen wir, die bulgarischen anarchisten. ökonomische ungleichheit und politische willkürherrschaft... könnte es bessere bedingungen für die verbreitung und den durchbruch unserer ideen geben? aber diese allmächtige tyrannei radiert alles aus, was sich ihr widersetzt und vernichtet widerstand bereits im kern. eine ungeheure moralische kraft ist nötig, um unter solchen bedingungen unseren idealen treu zu bleiben, es erfordert einen gewaltigen mut, die libertären ideen zu verbreiten.

und trotzdem gibt es menschen, die unter einsatz ihres lebens für den anarchismus kämpfen. so unserer genosse christo koleff jordanow, der für die sache der freiheit gekämpft hat, obwohl er familie und seine alte mutter (96 jahre) versorgen muß. er ist heute interniert im gefängnis deli orman (im norden des landes). die liberale und sozialistische welt müssen ihre stimme erheben und für die verteidigung dieser mutigen genossen kämpfen!

...gegen die einheitsfront der autoritäten müssen wir die einheit der kräfte der arbeiter stellen. die wichtigsten ziele, die wir haben, sind, daß wir die völker davon überzeugen, daß ihre emanzipation nur ihr eigenes werk sein kann, daß sie von den politischen scharlatanen jeder richtung nichts zu erwarten haben. ja, unser kampf ist hart, weil wir einem feind gegenüberstehen, der über unermessliche möglichkeiten verfügt, zu lügen und jeden, der es nicht glaubt, auszumerzen.

...der atommacht der militaristischen mächte müssen wir eine stärkere kraft entgegensetzen, die internationale der arbeiter, eine organisation, die nichts mit moskau und washington zu tun hat, und gerade auf diesem gebiet muß die internationale anarchistische bewegung ihre aufgabe erfüllen und die arbeiter an den unabhängigen kampf für ihre befreiung gewöhnen. damit der anarchismus dieser aufgabe erfolgreich gewachsen ist, muß er selbst eine organisierte kraft sein. jedes land braucht eine anarchistische föderation, eine gewerkschaftsorganisation der arbeiter, eine jugendorganisation. internationale kongresse, konferenzen und treffen müssen eine regelmäßige erscheinung werden. manifeste, appelle, zeitungsen müssen die welt überfluten.

...wir müssen auf internationaler ebene als massenbewegung auftreten, mit dem anspruch, die welt radikal zu verändern. wenn wir diese organisierte kraft werden, werden sich uns die arbeiter, die bauern, die jugend usw. anschließen.

wir haben an die libertäre bewegung einige fragen, die wir uns aus mangel an informationen nicht erklären können:

warum werden nicht regelmäßig und verantwortlich ernsthafte internationale kongresse gemacht? gibt es eine einrichtung für die ständige aufrechterhaltung der verbindungen zwischen den einzelnen föderationen? was ist aus den hunderttausenden jugendlichen geworden, die die mairevolution 1968 getragen haben? was ist mit den aktiven in lateinamerika? vor allem chile? erhalten sie von unserer bewegung eine international organisierte und solidarische hilfe? was ist mit unseren nachbarländern, in griechenland und in der türkei los? wir haben keine kontakte, aber die presse macht für die verschiedenen revolutionären aktionen in diesen ländern die anarchistinnen verantwortlich. wer sind die "linksradiakalen", die die stalinisten immer lächerlich machen wollen, die trozisten, maoisten, anarchistinnen?

es wird zeit, daß wir damit aufhören, immer für andere die kastanien aus dem feuer zu holen. die opfer der libertären bewegung müssen unserer bewegung nützen, unseren idealen und die welt muß das wissen.

mut, wille und ernsthaftigkeit!

spenden für den kampf der anarchosyndikalistischen gewerkschaft in bulgarien (im untergrund) an das sekretariat der internationalen arbeiter assoziation (i.a.a.): j. monoz congost, 38 rue victor chabot, 87100 limoges, france.

### DOKUMENT 3

### DAS "RECHT AUF KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG" IST DAS RECHT AN DER VERSCHLEIERUNG DER TATSACHEN TEILZUNEHMEN I

ich soll zum 1.4. eingezogen werden. ich ging von der schule runter und prompt kam der einberufungsbescheid. ich stellte einen kdv-antrag und fiel natürlich in der ersten verhandlung am 29. 3. durch. meine einstellung zur kdv war damals noch widersprüchlich: im kopf kdv ist nur fassade aber irgendwie im hinterkopf noch, daß ich was mit argumenten machen könnte. ich war dann krank bis 17. 4., hatte aber nur ein attest bis 9.4. ich nahm mir vor, hinzugehen wegen der zu hohen knaststrafe, aber dort keinen finger krumm zu machen und dadurch propaganda durch die tat zu machen.

am 19. 4. war ich dort. in der darauffolgenden nacht war alarm. die ausbilder warfen alle leute aus den betten, mit sirenen und trillerpfeifen. sofort ging der ärger los: ich sagte, daß ich dabei nicht mitmachen würde. die ausbilder konnten's gar nicht fassen und schließlich waren an die 5 offiziere da, brüllten mich an und leuchteten mir mit taschenlampen ins gesicht. sie holten die wache und ich wurde festgenommen. ich hatte da ganz schön maffe, erst der terror mitten in der nacht, und dann war die wache noch mit dem G 3 gekommen. ich mußte da sofort dran denken, putativnotwehr.

übers wochenende sollte ich extra dienst machen, haare schneiden, gesetze ackern und so. hab ich nicht gemacht, bin in die stadt. die nächste woche ging das andauernd so weiter, sie gaben mir einen befehl, erst ganz normale, und ich bin noch viermal festgenommen worden. die zweite woche hatte ich gewissermaßen narrenfreiheit, weil es ihnen keinen spaß mehr machte, nicht festzunehmen, ich bin mit der zeit cooler geworden, und weil sie mich ja immer wieder am nächsten tag rauslassen mußten. die woche war sehr schlecht für die, weil sich das in der ganzen kaserne rumgesprochen hatte, mich viele leute angequatscht haben. ein ausbilder wurde von der kompanie ausgelacht, ich hatte ihm fragen gestellt - ich sah nicht ein, warum ich im gleichschritt zum essen gehen sollte und er hat sich lächerlich gemacht. als ich einmal in die kantine kam stimmten die typen dort die internationale an. die dritte woche kam der erste disziplinararrest: 14 tage.

während des disziplinararrests bekam ich die zweite verhandlung, weil ich vom knast aus terror gemacht hab, und der rechtsanwalt hat in mannheim terror gemacht. ich dacht noch durchzukommen, da ich alles verweigert habe, war aber wieder nichts. jetzt war mir die lächerlichkeit der kdv vollkommen klar. nach den 14 tagen knast wurden die maßnahmen immer offensichtlicher, die befehle an mich immer lächerlicher. man befahl mir eine 3/4 stunde später zum essen zu gehen und nahm mich fest u.ä. ich hab das dann auch immer härter durchgezogen, weigerte mich auch zum kompaniechef oder zum battalionschef zu gehen, wenn sie was von mir wollen, sollen sie doch zu mir kommen.

die anderen typen haben sich unheimlich gefreut, daß ich das gemacht hab, was sie auch gem machen würden; sie hatten angst vor den repressionen, verständlich. die wache war größtenteils duft zu mir, und die anderen draußen fragten mich, wie sie mir helfen können. nach einer weiteren woche bekam ich wieder 21tknast. bis jetzt sieht das so aus, als wenn mir das alles nichts ausgemacht hätte; der knast ist aber ganz hart. am anfang der diszis bin ich jedesmal ausgeflippt, mußte erstmal ne halbe stunde heulen. das ganze hat meine ganze energie gebraucht. der größte teil des schmerzes da drin machte die unterbrechung meiner zweier-beziehung zu einer frau aus, es war meine erste beziehung zu einer frau überhaupt. ich hab mich dann auch in illusionen in bezug auf sie geüchtet und hab mich nicht gegen den knast gewehrt. nach den 21 tagen gings dann ziemlich schnell; erst hatte ich urlaub und danach wurde ich noch einmal festgenommen. ich drohte sofort mit hungerstreik und kam noch am selben tag raus. der kompaniechef verbot mir noch am selben tag den dienst und das tragen der uniform, was ich ja die ganze zeit abgelehnt hatte. neulich kam ein telegramm, ich solle zwecks entlassung rauffahren.

ich war erst noch angeklagt wegen gehorsamsverweigerung, unerlaubtem fernbleiben von der truppe; die gehorsamsverweigerung haben sie fallen lassen. ich war 65 tage dort und hab 35 tage gesessen. man kann sagen, daß ich glück gehabt hab, ich hätte mehr bau kriegen können und noch einiges ziviles. irgendwie scheinen die nicht ganz durchzublicken, ich hab gedacht, die wollen mich total fertig machen.

da es uns noch nicht möglich ist, die bundeswehr, das kapital und den staat zu zerstören, sehe ich keine andere möglichkeit, als die verweigerung, die propaganda durch die tat. es lebe die anarchie!

wenn noch jemand was von mir will, schreibt er an: clemens thelen, 68 mannheim 1, lenastr. 42

#### DOKUMENT 4

#### WIE AMNESTY INTERNATIONAL ZUM ER GEBNIS KAM, DASS IN DER BRD NICHT GEFOLTERT WIRD

mitte dezember 1973 schickte das international executive comité (iec) von amnesty international, london, den norweger e. kringlen und den engländer nigel rodley in die brd. sie sollten hier klären, ob es angebracht sei, dem öffentlich erhobenen vorwurf, in der brd würden politische gefangene gefoltert, mit einer internationalen untersuchungskommission nachzugehen. die klärung war notwendig geworden, nachdem die deutsche sektion von ai trotz mehrfacher dringender aufforderung durch das iec weder einen offiziellen antrag auf entsendung einer mission gestellt noch präzise informationen nach london geliefert hatte. wie die voruntersuchung der beiden ai-beauftragten dann letztlich in der brd von der deutschen ai-sektion sabotiert wurde, geht aus ihren internen berichten an das iec beziehungsweise an das internationale sekretariat in london hervor. der schlußteil des kringlen-berichts wurde zudem dem nordrhein-westfälischen justizminister dr. diether posser zugespielt, der ihn der presse als amnesty-gutachten verkaufte (fr. vom 1. 5. 74: "amnesty-gutachten: vorwurf der isolationsfolter unberechtigt"). dieser manipulation und diesem mißbrauch des namens von amnesty ist die deutsche sektion bis heute nicht entgegengetreten.

amnesty international, 53 theobald's road, london w.c.1. x 8sp.  
mission in westdeutschland

"zuallererst möchte ich bemerken, daß es sich ai nicht leisten kann, missionen zu übernehmen, die so schlecht vorbereitet sind, wie diese. zur vorbereitung hatte ich einige presseausschnitte und verschwommene artikel erhalten, die von psychischer folter an gefangenen in westdeutschen gefängnissen handelten, aber praktisch keine konkreten anlagepunkte enthielten. was ich in diesem fall benötigte, und ich glaube, die meisten leute in meiner lage benötigen würden, waren übersichtliche zusammenfassungen von fällen und eine klare herausstellung der anlagepunkte. diesbezüglich habe ich das gefühl, daß die londoner sektion auf systematischere vorbereitungsarbeit der westdeutschen sektion hätte bestehen sollen. unsere reise war natürlich wertvoll, aber ich glaube, daß das westdeutsche amnesty in der lage gewesen sein könnte, sich dieselben informationen zu verschaffen, wie wir - und mit beträchtlich geringerem kostenaufwand.

ich persönlich habe bei meiner ankunft in frankfurt erwartet, über die politische situation in westdeutschland von amnestys standpunkt aus gesehen von informierten leuten ins bild gesetzt zu werden. außerdem hatte ich erwartet, mit wenigstens einigen früheren oder derzeitigen gefangenen sprechen zu können, sowie mit verteidigern. nichts dergleichen war arrangiert worden. demzufolge sollte hier erwähnt werden, daß unser bericht auf informationen der die anklage vertretenden behörden basiert.

konferenz mit dem generalbundesanwalt dr. martin, karlsruhe

wir wurden von dem generalbundesanwalt und seinen mitarbeitern gut aufgenommen, und es wurde uns ein zweistündiges gespräch gewährt. da sich das bundesgericht in karlsruhe nie mit kriminalfällen von äußerster wichtigkeit - wie schwerverbrechen oder verbrechen gegen den staat (verschwörung, spionage etc.) - befaßt war es unmöglich, irgendwelche detaillierten informationen über die in den händen der verschiedenen landesgerichten liegenden fälle zu erhalten. folglich konzentrierte sich bei unseren gesprächen die aufmerksamkeit auf die gefangenen mitglieder der baader-meinhof-gruppe, namentlich frau ulrike meinhof, frau gudrun ensslin, herr andreas baader, herr karl raspe, herr holger meins (herr horst mahler wurde schon in berlin zu 12 jahren gefängnis verurteilt, und der fall von herrn ronald augustin wird aufgeschoben werden, da er im

august 1973 festgenommen wurde). die oben genannten mitglieder der baader-meinhof-gruppe wurden im mai 1972 festgenommen und der fall wird in naher zukunft vor gericht kommen.

wir erkundigten uns der langen verzögerung der ermittlungen; in der tat befinden sich die gefangenen seit nunmehr 1 1/2 jahren in untersuchungshaft. diese lange zeit der untersuchungshaft ist nach ansicht des generalbundesanwalt ein häufiges problem auf dem kontinent. in diesem fall hatten die mit den ermittlungen befaßten behörden besondere schwierigkeiten, die vorprozeßuale periode zu verkürzen, da die angeklagten und ihre vielen verteidiger die mitarbeit verweigerten.

wir gingen der frage der einzelhaft in einigen details nach. es wurde zugegeben, daß die gefangenen bis jetzt von den anderen gefangenen und unter sich selbst isoliert sind. doch hatten die gefangenen unbeschränkt an zugang zu zeitung und dem radio sowie besuche von verwandten und verteidigern.

es wurde nicht verneint, daß ulrike meinhof in dem sog. toten flügel des gefängnisses drei monate lang untergebracht war. toter flügel bedeutet, daß sich in den nachbarzellen keine insassen befinden und sich der gefangene demgemäß ziemlich isoliert fühlt, da keine geräusche von den nachbarzellen und dem korridor kommen. wir waren mit der begründung für diese extreme einzelhaft nicht zufrieden. jedenfalls hatte sie während dieser zeit zugang zu zeitung, zeitschriften und dem radio, und es war ihr erlaubt, verwandte und verteidiger zu empfangen, so oft wie sie wollte.

es gibt zwei gründe für die strenge behandlung der gefangenen: 1. die furcht vor verdunklung oder vernichtung der beweise der anklage durch die gefangenen und 2. die furcht vor flucht- oder befreiungsaktion.

#### konferenz mit landesstaatsanwalt von baden-württemberg, karlsruhe

es ist behauptet worden, daß die gründer des sog. spk in heidelberg, dr. wolfgang huber und seine frau dr. ursula huber, wegen politischer aktivität verurteilt wurden. dies verneinte der landesstaatsanwalt, indem er feststellte, daß die ärzte den akten zufolge wegen dem besitz von bomben und sprengstoff verurteilt wurden. beide wurden zu viereinhalb jahren gefängnis verurteilt, zusammen mit einem jungen studenten siegfried hausner, der dreieinhalb jahre gefängnis bekam.

#### andere fälle

wir würden gerne nachforschungen über andere gefangene anstellen, z. b. über astrid proll, die auch zur baader-meinhof-gruppe, oder rote-armee-fraktion, gehört, und über peter milberg, der wegen versuchten mordes und versuchten bankraub angeklagt war. in beiden fällen war der vorwurf extremer isolation erhoben worden. da jedoch diese fälle weder dem bundesgericht noch dem land baden-württemberg unterstehen, war es uns nicht möglich, weitere informationen zu sammeln.

#### ergebnis

obwohl man sich gegen die strengen maßstäbe wenden kann, mit denen die baader-meinhof-gruppe behandelt wird, so gibt es doch keinen beweis für extreme isolation im sinne der labor-experimente über sensorische deprivation. das wort folter ist daher von unserem standpunkt aus zu stark, diese art der haftisolation zu charakterisieren. der begriff der folter verliert seine bedeutung, wenn man ihn auf einzelhaft mit unbeschränktem zugang zu zeitung, zeitschriften, dem radio und besuchen von anwälten und verwandten anwendet. wir sind deshalb der ansicht, daß ai diesen fall nicht weiterführen sollte. eine mission in westdeutschland sollte nur unternommen werden, wenn die westdeutsche sektion in der lage ist, neue wesentliche informationen und klar umrissene beweise für folter oder fälle von in haft befindlichen gewissenstörern anzuführen." e. kringlen n. rodley

#### nur zur information

von nigel (rodley) für das i.e.c. zur information: ergänzender personalbericht der legal officers betreffs seiner mission mit dr. kringlen, den generalbundesanwalt von deutschland in sachen folterverdacht zu treten.

1. als ich nach frankfurt kam, um sowohl dr. kringlen als auch jom-erik gutheie zu treffen, wurde es deutlich, daß wir alle drei verschiedene vorstellungen von der natur der mission hatten. meinem verständnis nach sollte das gespräch mit generalbundesanwalt martin lediglich dazu da sein, herauszubekommen, ob eine grundlage für eine gründliche untersuchung (full-scale investigation) vorhanden sei. dr. kringlen hatte in etwa dieselbe vorstellung, räumte jedoch ein, daß wir uns bemühen sollten, mit einigen jenen gefangenen zusammen zu kommen, die sich als opfer von folter bezeichnen. er schien sich darüber im unklaren zu sein, daß sich niemand von ihnen im raum frankfurt/karlsruhe befand. jom-erik war der meinung, daß dies eine vorläufige untersuchung sei, um den grundstock für eine umfassende mission zu legen. er versuchte, ein treffen mit einer früheren gefangenen zu arrangieren, marianne herzog, sie war jedoch nicht erreichbar.

es ist klar, daß - die richtigkeit meiner interpretation der mission vorausgesetzt, und in der tat war das die interpretation, die sich durchgesetzt hatte (der bericht legt den schluß nahe, daß im moment keine grundlage vorhanden ist um in form einer alles umfassenden mission vorzugehen) - es von nutzen gewesen wäre, vor dem treffen mit dem generalbundesanwalt eine möglichkeit gehabt zu haben, einige der vermeintlichen opfer zu treffen, um den inhalt der behauptungen zu klären und zu konkretisieren.

2. herr martin spricht kein englisch. mein deutsch und das von dr. kringlen war nicht ausreichend, um mit herrn martin ein sinnvolles gespräch zu führen. ein dolmetscher war nicht eingeplant. in letzter minute stellte sich ein australisches mitglied aus karlsruhe freundlicherweise für die aufgabe zur verfügung und verbrachte den ganzen tag mit uns. jedoch unglücklicherweise war weder sein englisch noch sein deutsch für diese sache wirklich ausgefeilt genug.

3. dr. kringlen selbst schien nicht so gut im bilde zu sein, um einen klaren analytischen standpunkt zu beziehen. jedenfalls, hielten ihn seine schwierigkeiten mit dem deutschen und eine überlegte, langsame, verschlafene art fragen zu stellen davon ab, in der verfügbaren zeit so vollständig wie wünschen swert gewesen wäre all den fragen, die abzublocken die am gespräch beteiligten beamten mühe hatten, nachzusetzen.

4. die ganze mission schien deshalb schlecht vorbereitet und schlecht organisiert. die richtlinien waren nicht klar und die verständigung zwischen london, oslo und deutschland nicht ausreichend.

#### anlage 1

1. bei dem iec-treffen am 30. juni/1. juli lagen dem is dokumente von herman van geuns über das spk vor. das is wurde aufgefordert, ein papier herauszugeben und danach die dokumente herman van geuns zurückzugeben. dies wurde getan, und das papier war punkt 15.c.i. der tagesordnung beim iec-treffen im september. es wurde nie diskutiert.

2. es ist beim iec-treffen im september protokolliert, daß man sich prinzipiell darüber einig war, einen beobachter zum prozeß von astrid proll zu schicken. diese übereinkunft wurde ohne jede diskussion, noch schnell vor der abreise von dirk bürner, der diesen vorschlag gemacht hat, erreicht. in einem brief an die untersuchungsleitung (head of research) vom 20. sept. setzte db richtlinien für zwei missionen: einen beobachter für astrid prolls prozeß und eine kommission zur untersuchung von haftbedingungen. ein mitglied des gs sollte das is über die ereignisse auf dem laufenden halten und mit informationen versorgen, die die unvollständige und nicht mehr aktuelle dokumentation ergänzen sollen, die von michael kramer zusammengestellt wurde und auf der der vorschlag zu dieser mission basierte (deutsche sektion).

3. als die mit der untersuchung beauftragte ende september vom urlaub zurückkehrte, versuchte sie sofort, einen deutsch sprechenden anwalt zu finden, der den proll prozeß beobachten sollte; jedoch ohne erfolg. der vorsitzende des gs verfaßte am 8. okt. ein schreiben, worin er sich über den mangel an aktivität auf seiten des is beklagte, wobei er unterstellte, daß das is über die den prozeß betreffenden ereignisse vollstens informiert sei etc., und zwar über die presse - obwohl tatsächlich überhaupt keine presseausschnitte an das sekretariat gesandt worden waren. er schlug vor, daß das gs die kosten übernimmt. in der antwort der untersuchungsleitung wurde nach weiteren details gefragt und erklärt, daß wir in der tat nach jemandem ausschau halten, der die haftbedingungen untersuchen soll.

4. herman van geuns, der für die mission vorgeschlagen wurde, war nicht willens, sie zu übernehmen. die beschlüsse der oslo regional conference befolgend, setzte sich die mit der untersuchung beauftragte mit prof. kringlen als einen möglichen kandidaten in verbindung und erhielt telefonisch sein prinzipielles einverständnis, die mission zu übernehmen. sie gab eine allgemeine erklärung über den hintergrund der mission ab und sandte alle zur verfügung stehenden dokumente dem is, wobei sie klar machte, daß detaillierte beschreibungen einzelner fälle vom gs zusammengestellt worden waren. die bis jetzt noch nicht eingegangen sind.

5. die mit der untersuchung beauftragte schrieb, nachdem sie mehrfach versucht hatte, den vorsitzenden des gs telefonisch zu erreichen, ihm am 26. okt. einen dringenden brief, worin sie eine liste der gefangenen anforderte, mit detaillierten daten über jeden einzelnen.

auf dem iec-treffen am 4.-5. nov. (bei welchem die mit der untersuchung beauftragte nicht anwesend war) wurde der vorsitzende des gs aufgefordert, informationen und presseausschnitte über den proll prozeß etc. zu sammeln. bei diesem treffen entschied das iec 1. darüber, daß es zu spät war, einen beobachter zu dem prozeß zu schicken und daß ein prozeß verfolgender journalist gefragt werden sollte, einen bericht zu schreiben (db könnte dies arrangieren); 2. darüber, daß ein paper geschrieben werden sollte, das die untersuchungsergebnisse und empfehlungen beinhaltet, sobald die fakten von einem vertreter von ai. der westdeutsche gefängnisse besucht und sich mit den betreffenden stellen in verbindung setzt, gesichert sind; 3. darüber, daß kari poppe, eric baker und herman van geuns ein paper vorbereiten sollten auf der basis des missionsberichts.

6. in einem brief des gs-vorsitzenden vom 7. november wird festgestellt, daß noch ein anderes mitglied der deutschen sektion sich um das problem bemüht und nun alles diesbezügliche material zuschicken will, einschließlich eines der wichtigsten dokumente, kursbuch 32. ein paket veralteter presseausschnitte war von einem ai-mitglied aus frankfurt eingetroffen; sonst ist dem is keinerlei material zu gegangen. wie bei dem iec-treffen im nov. vereinbart, hatte es kari poppe übernommen, engen kontakt mit prof. kringlen zu unterhalten und ihm mit all dem von herman van geuns erhaltenen material zu versorgen, welches mindestens so umfangreich war wie das des is.

7. am 14. nov. richtete martin ennals ein schreiben an herrn martin, generalbundesanwalt, worin er ihm den vorschlag unterbreitete, eine kommission zur untersuchung der haftbedingungen auszusenden. der empfang dieses briefes wurde bestätigt mit einem schreiben vom 4. dez.

8. auf der konferenz in paris am 9. - 12. dez. fragte die mit der untersuchung beauftragte nochmals bei der deutschen sektion um detaillierte information nach. schließlich kam sie zu einer ausgabe des kursbuches 32, indem sie eines bei dem (nicht zu ai gehörigen) stand außerhalb der konferenzhalle kaufte. sie sprach mit einem der betreffenden anwälte, war jedoch unfähig - da mit den grundlegenden dokumenten nicht vertraut -, die mission detailliert genug zu diskutieren. der vorsitzende des gs äußerte nochmals seine überraschung darüber, daß kein mitglied ihrer sektion dem is die relevanten unterlagen zusendet.

9. in einem brief vom 13. dez. an martin ennals führte db die namen von zehn gefangenen auf, die die von der mission betroffenen fälle sein sollten. in seinem brief wurden keine weiteren einzelheiten über die fälle bekanntgegeben außer ihrem zunamen und dem namen des gefängnisses, in dem sie gefangen gehalten werden. nicht einmal die vornamen von einigen der aufgeführten gefangenen waren aus dem dem is zur verfügung stehenden material bekannt!

in dem antwortschreiben vom 21. dez. unterstrich martin ennals, daß wir bis jetzt noch nichts von herm martin gehört hatten; auch daß kari poppe prof. kringlen auffordern sollte, die durchführbarkeit der mission aufgrund der ihm zur verfügung stehenden dokumente zu untersuchen, so daß das iec die mission in hamburg weiter diskutieren und ihre ziele klarer herausarbeiten könnte. für den fall, daß die mission stattfinden sollte schlug martin die begleitung kringlens durch einen anwalt - wie z.b. peter novel - vor. schließlich äußerte er die ansicht, daß die mission bis jetzt noch nicht genug vorbereitet sei, um ohne weitere und größere überlegung vonstatten zu gehen.

10. eine antwort des generalbundesanwalts traf am 24. dez. ein, worin er sich einverstanden erklärte, dr. kringlen zu treffen und erklärte, daß die besuchserlaubnis für die meisten der untersuchungsgefangenen bei den zuständigen landesbehörden beantragt werden müßte.

11. gemäß einer telefonischen absprache mit dirk bömer setzte martin ennals nigel roadley am 6. jan. davon in kenntnis, daß ein gespräch mit dem generalbundesanwalt für ihn und dr. kringlen am 17. jan. von db arrangiert worden war, und daß er ein bestimmtes flugzeug nehmen sollte um zur selben zeit wie dr. kringlen in frankfurt anzukommen, wo sie durch den vorsitzenden des gs kurz instruiert werden würden. alle vorbereitungen wurden von db bei dem hamburger treffen innerhalb 48 stunden getroffen.